Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 10 bz. 70 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.**

Nr. 223. Bromberg, Sonnabend den 28. September 1929. 53. Jahrg.

Der Deutsche Klub an Sławek.

Als Antwort auf die **Einladung des Abg. Sławek vom Regierungsklub** an sämtliche Sejmparteien mit Ausnahme der Ukrainer, Weißrussen und Kommunisten zur Besprechung der vom Regierungsklub beantragten Verfassungsreform hat der Deutsche Parlamentarische Klub folgende bedingte Zusage erteilt:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 20. d. M. teile ich ergebenst mit, daß der Deutsche Parlamentarische Klub der Auffassung ist, daß Fragen, wie die vom BB-Klub angeregte Verfassungsfrage, grundsätzlich im Sejm und den dazu bestimmten Kommissionen zu behandeln wären.

Trotzdem ist der Deutsche Klub bereit, seine Vertreter zu der angeregten Besprechung zu entsenden, falls — angesichts der Bedeutung dieser Frage für alle Staatsbürger — den Vertretern aller Klubs die Möglichkeit gegeben wird, an dieser Konferenz teilzunehmen."

Bei der Besprechung der vorstehenden Antwort innerhalb des Deutschen Parlamentarischen Klubs wurden folgende Gesichtspunkte herausgestellt:

Das Parlament und die von ihm gewählte Verfassungskommission hat in erster Linie den Anspruch darauf, Verfassungsänderungen zu beraten. An sich besteht keine Veranlassung, die Verfassung zu ändern, da sie gut ist und nur an dem einen Fehler krankt, daß sie nicht beachtet wird. Wenn die Verfassung gehalten würde, würden die Schäden, die man ihr heute andichtet, sich nicht zeigen. Es liegen sehr viel dringlichere Aufgaben vor, die vor einer Verfassungsänderung durchgeführt werden sollten. Man bedenke nur die schwere wirtschaftliche und soziale Not, von der das Land bedrückt wird und für deren Abstellung dringende Maßnahmen erforderlich sind, um eine baldige Katastrophe zu vermeiden.

Soll aber eine so wichtige Angelegenheit wie die Verfassungsänderung durchaus vorzeitig besprochen werden, bevor sie im Parlament behandelt wird, so sind die Mitglieder des Klubs der Ansicht, daß es dann keine parlamentarischen Gruppen erster und zweiter Ordnung geben darf und **daß die Ausschließung einzelner Klubs von einer so lebenswichtigen Frage, wie z. B. die Ausschließung der Ukrainer und Weißrussen, nicht angängig ist. Es wird dadurch ein Präzedenzfall geschaffen, der jede andere Gruppe bei einer anderen Gelegenheit treffen kann.**

*

Die Antwort des jüdischen Klubs.

Warschau, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestern abgehaltenen Sitzung des Jüdischen Klubs wurde beschlossen in Beantwortung der Einladung zur Teilnahme an der Verfassungskonferenz an den Obersten Sławek ein Schreiben des Inhalts zu richten, daß sich der Jüdische Klub der Teilnahme an den Beratungen nur in dem Falle nicht entziehen wird, daß an ihnen Vertreter der Klubs teilnehmen, die eine erhebliche Mehrheit des Sejm repräsentieren.

*

Nationaldemokraten und P. P. S.

Warschau, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.) Im Namen des **Nationalen Klubs** gab gestern der Abg. Rybarski auf die Einladung des Präses des Regierungsklubs, Obersten Sławek, zur Teilnahme an einer Konferenz, die sich mit der Verfassungsreform befassen soll, eine ablehnende Antwort. Rybarski stellt fest, daß der Nationale Klub bereit sei, an den Arbeiten über die Änderung der Verfassung lediglich im zusammenberufenen Sejm teilzunehmen; an der vom Regierungsklub vorgeschlagenen Konferenz könne sich der Nationale Klub nicht beteiligen.

Gleichzeitig beschäftigten sich auch die **Zentrolinks-Parteien** mit dem Antwortschreiben, das die Klubs an den Abgeordneten Sławek richten sollen. Der Präses des Zentralen Vollzugskomitees der PPS, Abg. Barlicki, erklärte nach der Sitzung Pressevertretern, daß man sich mit Fragen der laufenden Politik beschäftigt habe. Die Blätter notieren das Gerücht, daß die Mehrzahl der Mitglieder des Zentralen Vollzugskomitees darauf hingewiesen habe, daß der Präses des Parlamentarischen Klubs der PPS, Abg. Niedziałkowski, keine Schritte zur Einberufung einer außerordentlichen Sejmsession unternommen habe. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Zentrolinks-Parteien dem Abg. Sławek auf die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz keine Antwort erteilen und bis zur Einberufung des Sejmsession auch keine Initiative in politischen Fragen ergreifen.

Keine Antwort ist manchmal auch eine Antwort, oder wenigstens das Eingeständnis der eigenen Unentschlossenheit.

*

Ministerpräsident Świtalski hat das Wort.

Warschau, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Heute nachmittag findet im Präsidium des Ministerrats eine Konferenz statt, an der Vertreter der Regierung, sowie Vertreter der Landwirtschaft, und der Finanzen teilnehmen werden. Ministerpräsident Świtalski wird bei dieser Gelegenheit eine Rede über die Regierungspolitik in Wirtschaftsfragen halten.

Liebermann gegen Piłsudski.

Am Sonntag, dem 22. d. M., fand in Krakau eine Volksversammlung statt, an der über 3000 Personen teilgenommen haben. Hauptreferent war der sozialistische Abgeordnete **Liebermann.** Seine auffallend aggressive Rede, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, geben wir nachstehend nach dem Krakauer „Naprzód" in deutscher Übersetzung wieder:

Ich werde für die Zeichnung eines Bildes über die gegenwärtige politische Lage nicht viel Worte verlieren; denn ich weiß, daß ein jeder diese Situation am eigenen Leibe spürt. Unlängst durchreiste ich fremde Länder, in denen sich ebenfalls ein Kampf um die Macht abspielt, aber er wickelt sich in Grenzen der menschlichen Berechnung ab. Jeder Bürger weiß, um was es sich bei dem Kampfe handelt und was er dem Lande bringen kann. Der Kampf tobt im Lichte des Tages auf dem Forum der Parlamente. Nur bei uns wird täglich die Frage aufgeworfen: was wird heute sein und was dann weiter? Sogar die Regierungspresse beklagt sich, daß niemand weiß, was das Morgen bringen wird, außer einem Menschen, der es weiß, der aber nicht sprechen will. Man kann hinzufügen, daß er zwar nicht spricht, aber von Zeit zu Zeit einen Artikel schreibt, der voller Beleidigungen für die Volksgemeinschaft ist.

Das polnische Volk wird beschimpft,

dasselbe Volk, das unter den Leiden einer 150jährigen Unfreiheit ungeheuere kulturelle Werte geschaffen und sich die Achtung der europäischen Völker erworben hat, dieses Volk, das um die Freiheit 1½ Jahrhunderte überall da kämpfte, wo die Völker um ihre Rechte kämpften, und das mit seinem Blut das unabhängige Polen erkämpft hat, dieses Volk soll mißachtet werden? Wir haben jetzt einen neuen Artikel dieser Serie gelesen, dessen Tendenz die Schmähung des Sejmmarschalls Daszyński (Zurufe: er lebe!) und eine Entzweiung mit uns ist. Genosse Daszyński kann sich gegen diese Vorwürfe selbst verteidigen, ich kann nur bestätigen, daß eine Schmähung Daszyńskis vergebliche Mühe ist. Ignacy Daszyński wird von der ganzen Volksgemeinschaft geliebt und geehrt. (Beifall)

Was will Marschall Piłsudski vom polnischen Volke?

Was kann ihm dieses Volk noch mehr geben als das, was es bereits gegeben hat? Dieses Volk, das nährt, schützt, das das unabhängige Polen erkämpft und verteidigt hat, das durch seine Arbeiten die Wunder vollbracht hat, welche die Welt in der Allgemeinen Landesausstellung bewundert. Diesem Volk war Herr Piłsudski eine neue Idee schuldig, als er im Mai zur Macht kam. Seine Idee legte er im Verfassungsprojekt des Unparteiischen Blocks nieder, den er selbst ausgearbeitet hat; denn es ist Zeit, mit der Legende Schluß zu machen, daß Piłsudski irgendwo in den Wolken thront und daß schlechte Menschen sich hier unten seinen Namen widerrechtlich beilegen.

In Polen geschieht heute nichts ohne Wissen und Befehl des Marschalls Piłsudski.

Der Inhalt dieses Projekts schließt damit, daß das Volk von dem Einfluß auf sein Schicksal entfernt und die ganze Gewalt in die Hände eines einzigen Menschen niedergelegt werden soll, der sich Präsident nennt. Er soll Herr über 30 Millionen Menschen sein. Dies ist die Idee des Marschalls Piłsudski; doch sie ist nicht neu. Zu ihr bekannte sich der russische Zar, zu ihr bekennt sich jeder asiatische Satrape.

Also die Idee! Und die Taten? Im Mai schritt Marschall Piłsudski zum Kampf, in dem viele Menschen fielen, um die Parteien zu vernichten und vor allem die Endecja. Doch die Endecja war niemals so stark wie sie es heute ist. Aus Mauselöchern kroch die Aristokratie hervor, und unter der Aegide Piłsudskis wurde sie eine mächtige Partei, die heute nach einem Staatsstreich ruft, nach einem Gewaltakt an 30 Millionen Menschen, die sie beherrschen möchte. Man versuchte auch die Polnische Sozialistische Partei zu vernichten. Doch die PPS kann man nicht vom Erdboden vertilgen, denn ihr gehören 1½ Millionen Menschen an, und wollte man heute die Wahlen durchführen und die Stimmenfreiheit sicherstellen, so würde sie ein noch bedeutend größeres Heer darstellen. Übrigens bezweckt derjenige, der die PPS vernichten will, dem Kommunismus den Rückzug zu ermöglichen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet kündigt der Finanzminister Matuszewski an, es werde keine Investitionen, keine öffentlichen Arbeiten geben. So schön hat die Sanierung drei Jahre lang gewirtschaftet. Ihre Früchte auf wirtschaftlichem Gebiet — das sind der hohe Zinssatz, die Teuerung und das Übergewicht des Kapitals über die Arbeit. Man sprach von der moralischen Sanierung, von dem Kampf gegen Rechtswidrigkeiten; doch kann es mehr Rechtlosigkeiten geben als heute? Ehrliche Leute werden verfolgt, und protegiert . . . man schämt sich, es zu sagen. Es herrscht Schrecken und Angst vor dem freien Wort. Wir sehen, was in den Krankenkassen vorgeht. Ganz Europa fragt, was das Militärwesen mit der Krankenkasse gemeinsam hat.

Es fehlt jetzt nur noch, daß man den Pröpsten auf den Propsteien Offiziere als Kommissare beigibt, damit sie bessere Mittler zwischen uns und dem himmlischen Königreiche wären.

Man sprach davon, daß in der napoleonischen Armee jeder Soldat den Marschallstab in seinem Tornister trug. Jetzt trägt jeder Soldat in seinem Tornister die Krankenkasse.

Dies alles muß ein Ende nehmen. Die Obersten müssen zu den Regimentern zurückkehren und die Volksgemeinschaft zur Kontrolle über die Regierung. Heute wendet sich Ministerpräsident Świtalski an diese verhaßten Abgeordneten, diese von einer Krankheit ergriffenen . . . wie heißt sie doch? Feidanitis — und bittet, daß sie zu einem Rendezvous mit ihm kommen sollen. Und jetzt ärgert er sich fürchterlich, daß er die Antwort erhalten hat: „Wenn Sie mit uns sprechen wollen, so veranstalten Sie keinen „schwarzen Kaffee", sondern rufen Sie den Sejm zusammen". Aus dem Artikel des Herrn Piłsudski erfahren wir, daß es sich um eine „Verbesserung der Haushaltsarbeiten" handelte, d. h. daß der Sejm schnell 3 Milliarden hergibt, und dann nach Hause geht, ohne peinliche Sachen zu berühren. Jetzt liebäugelt wieder Herr Sławek mit diesen verhaßten Abgeordneten. Marschall Piłsudski möchte gern einen artigen Sejm haben. Aber der Sejm kann nicht artig sein, denn außerhalb des Staatshaushalts steht das Volk, das Not leidet. Man kann ein großer Heerführer sein, ohne das Regieren zu verstehen. Der größte Heerführer der Neuzeit, (?!) Marschall Foch, erhob niemals den Anspruch darauf, sein Volk zu regieren. Marschall Piłsudski wollte nicht Präsident werden; denn der Präsident hat eine zu geringe Macht, und dann verzichtete er auf das Amt des Ministerpräsidenten, denn dieser hat zu viel Macht und zu viel Arbeit, und seit dieser Zeit tragen den Titel des Ministerpräsidenten Leute, die nicht regieren, sondern stramm stehen.

Solche Zustände können nicht andauern.
Das polnische Volk ist kein Balkanvolk; es will und muß nach dem Muster Westeuropas regiert werden.

Was das heißt, werde ich Ihnen sagen. In Paris sah ich direkt vor den Tuilerien das Denkmal eines großen Mannes, der durchaus nicht General war. Es war ein Zivilmensch, Parteigänger, Abgeordneter. Und auf dem Denkmal hatte man einige Sätze aus einer seiner parlamentarischen Reden eingemeißelt: „Wir wählten den Weg der Freiheit, darum laßt uns Vertrauen zu ihm haben. Damit das Volk weise werde, muß es zunächst lange frei sein. Wir Gesetzgeber haben das unsrige getan; das übrige wird später kommen." Niemand wird weise durch die Unfreiheit. Wir Gesetzgeber haben das unsrige getan, wir gaben dem Volke die Freiheit. (Beifallsstürme.) Und es gab einen anderen großen Menschen, Cavour, den Vereiniger Italien, der, als man ihm riet, die Diktatur auszurufen, entgegnete: „Ich kann meinen Grundsätzen und meiner Vergangenheit nicht untreu werden, alles, was ich bin, verdanke ich der Demokratie." (Beifall.) Es ist sehr schade, daß Marschall Piłsudski diese Sätze nicht liest; vielleicht würde er der optischen Täuschung nicht zum Opfer fallen, die sich in seinem letzten Artikel offenbart. Er spricht dort von einer „erlöschenden Welt" und von einer „aufgehenden Sonne". Die „erlöschende Welt" sind gewissermaßen wir, die aufgehende Sonne sicher die Sanierung. Doch wenn Marschall Piłsudski nicht Dichter wäre — er ist es natürlich; denn er schreibt doch Verse wie die, mit denen er seinen letzten Artikel beschloß — und würde er sich nicht in das Altertum, in die schon längst erloschene Welt vertiefen, so würde er gewahr werden, daß die Sonne in einer anderen Richtung aufgeht. Es war einmal ein Heerführer und zweifellos genialer Mann, Napoleon I. Er versank, Frankreich wurde unterjocht, und auf St. Helena demütigte er sich in Erkenntnis der Fehler seines Lebens vor der Masse, und beichtete in seinen Erinnerungen: „Le nombre c'est la sagesse" (die Zahl, die Masse, das ist die Weisheit). Es gab auch einen Napoleon III., der sein Regierungssystem auf eine Einzelperson stützte, und er stürzte Frankreich ins Verderben, bis es ein Zivilist, Gambetta, errettete.

Wollen Sie, Herr Marschall, die aufgehende Sonne sehen? Das ist die Arbeiter-Regierung in England. Das ist die aufgehende Sonne, Herr Marschall! Nennt sich diese Sonne Macdonald? Nein! Das ist die Arbeiterklasse, die die Regierung inne hat. Und die Gegner neigen das Haupt, die Bedeutung Englands in der Welt nimmt zu. **Wir gehen großen Entscheidungen entgegen, um die Brüderlichkeit auf der Welt zu importieren (Beifall).**

Das ist die aufgehende Sonne, der die polnische arbeitende Klasse folgen wird (Beifallsstürme). Und diese Klasse ruft jetzt zur gegenwärtigen Regierung:

„Tretet zurück, das wird die größte Tat eures Lebens sein!"

Es heißt, daß die Massen passiv und ruhig sind. Das stimmt, aber so wie das Dynamit, das passiv und friedlich im Arsenal liegt, bis ein kleiner Funken hineinfliegt. Dyna-

mit verbirgt sich in den menschlichen Seelen. Die Diktatur muß zusammenstürzen! Das Unrecht muß ausgerottet werden! Siegen muß das Volk."

*

„Auf eigene Faust."

Warschau, 25. September. Der Klub der Wyzwolenie-Partei hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es im Zusammenhange mit den Artikeln des Marschalls Piłsudski und des Sejmmarschalls Daszyński heißt, daß Daszyński auf eigene Faust gehandelt habe, ohne sich mit dem Wyzwolenie-Klub verständigt zu haben.

*

Mißklänge in der PPS.

Warschau, 26. September. Dem „Nasz Głos Wieczorny" zufolge will man in der Sitzung des Klubs der PPS, die am 1. Oktober stattfinden soll, gegen den Abg. Niedziałkowski im Zusammenhange mit seiner Taktik vor dem Besuch des Sejmmarschalls Daszyński bei dem Marschall Piłsudski vorgehen. Die Opposition innerhalb des Klubs der PPS wirft dem Abg. Niedziałkowski vor, daß er einer der Inspiratoren des Besuchs des Marschalls Daszyński im Belvedere gewesen sei.

Tu Geld in deinen Beutel!

Das polnische Drei-Milliarden-Budget.

Warschau, 26. September. Die Gesamtsumme des Staatshaushaltsvoranschlages für das Jahr 1930/31 beträgt 2 Milliarden 930 Millionen Złoty. In den ersten Tagen des Oktober wird der Voranschlag dem Minister vorgelegt werden. Für den 15prozentigen Zuschlag zu den Beamtenbesoldungen sind 130 Millionen Złoty vorgesehen.

Weitere fünf Millionen für Gdingen.

Warschau, 26. September. Das Budget der Investitionsausgaben für Gdingen sieht für das kommende Jahr bedeutende Beträge für den Bedarf der Stadt selbst vor. Etwa 5 Millionen Złoty sollen bestimmt werden zur Anlage der Kanalisation und Wasserleitung, zur Vergrößerung des Elektrizitätswerks und für andere bauliche Zwecke.

Haller marschiert zu Piłsudski?

Warschau, 26. September. Seit einigen Tagen weilt hier der General Zając aus Oberschlesien. Wie der „Robotnik" aus gut informierter Quelle erfährt, ist General Zając weder auf Urlaub noch in Dienstangelegenheiten nach Warschau gekommen, sondern er hat eine sehr wichtige politische Mission zu erfüllen. Er ist Vermittler zwischen den Leitern der verantwortlichen militärischen Kreise und dem General Józef Haller. Um den Einfluß des Lagers der moralischen Sanierung durch seine Person zu vergrößern, verspricht man dem General Haller einen hohen Posten im Heere. Gegen diesen Plan treten sowohl politische Freunde des Generals Haller, als auch Offiziere der ersten Brigade, Anhänger des Marschalls Piłsudski, auf.

Haller hat schon einmal — im Weltkrieg — einen bemerkenswerten Front- und Gesinnungswechsel vorgenommen. Dadurch allein ist er berühmt geworden. Warum sollte er jetzt diese Linie des Erfolgs nicht fortsetzen?

Vor einem Generalstreik in Warschau?

Warschau, 27. September. Wie dem „Głos Prawdy" gemeldet wird, hat im Sejm eine streng vertrauliche Konferenz von Vertretern der Nationaldemokratie, der NPR-Rechten, der Christlichen Demokratie und der PPS stattgefunden, in der beschlossen wurde, für einen Generalstreik in der Hauptstadt Propaganda zu machen. Der Lohnkonflikt zwischen der Stadtverwaltung und den städtischen Arbeitern soll die Losung zur Aufnahme dieser Aktion bilden. Der „Głos Prawdy" ist der Meinung, daß diese Meldung alle Merkmale der Glaubwürdigkeit hat, wenn man bedenkt, daß der letzte Artikel des Marschalls Piłsudski im Oppositionslager eine große Bestürzung hervorgerufen hat. Die Möglichkeit eines Kompromisses, mit der die Linke gerechnet habe, sei jetzt unaktuell geworden, und daher werde die Opposition zweifellos irgendwelche neuen Wege für ihre Politik suchen. Auf diesem Hintergrund werde die vertrauliche Konferenz im Sejm verständlich.

Das neue Kabinett in Oesterreich.

Wien, 27. September. (PAT.) Gestern abend hielt der Nationalrat eine Sitzung ab, in der mit 84 Stimmen der Christlichsozialen, der Deutschnationalen und des Bauernverbandes gegen 69 Stimmen der Sozialdemokraten die Zusammensetzung der neuen Regierung gutgeheißen wurde. Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:

Kanzler — der bisherige Polizeipräsident Schober; Vizekanzler und Kriegsminister — Vaugonin, Justizminister — der bisherige Minister Slama, Minister für öffentliche Fürsorge — Universitätsprofessor Dr. Innitzer, Landwirtschaftsminister — der bisherige Minister Foedermayer, Handelsminister — der ehemalige Präsident der österreichischen Republik Hainisch. Der bisherige Vizekanzler Schumy wird das Ressort des Innenministeriums übernehmen. Das Finanz- und Kultusministerium verwaltet vorläufig der Kanzler Schober bis zur endgültigen Besetzung dieses Ressorts.

Heute wird sich die neue Regierung der Kammer vorstellen, wobei der Kanzler die Regierungserklärung abgeben wird.

Rothermere gegen Bethlen.

Aus Budapest wird gemeldet:

Die „Esti"-Blätter veröffentlichten einen neuen Brief Lord Rothermeres, der zwar keine Abkehr von der bisherigen revisionistischen Einstellung des Lords, wohl aber eine Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Ungarns bedeutet. Lord Rothermere erklärt in diesem Brief, daß er sich zwar mit dem alten Interesse mit der ungarischen Frage befasse, daß aber sein Vertrauen zur ungarischen Sache wesentlich gesunken sei. Die ungarische Politik habe ihm eine schwere Enttäuschung bereitet. Zur Revision könne nur der Weg des Friedens und des Vertrauens führen. Dieser Weg führt nur durch die Personen Macdonalds, Hendersons, Briands, Stresemanns und Hoovers. Ohne Unterstützung der europäischen Demokratien könne man heute in Europa keine Politik machen. Es würde sehr schwer sein, die Unterstützung eines demokratischen Staatsmannes oder eines demokratischen Staates für Ungarn zu gewinnen, solange es Ungarn durch einen aufrichtigen Wechsel in seiner Politik nicht gelungen ist, die Atmosphäre des Mißtrauens und der feindlichen Gesinnung zu beseitigen, die gegenüber dem heutigen System in Ungarn in den breitesten Schichten des Auslandes besteht. Denn es sei nicht wichtig, daß Ungarn sein Regierungssystem für nichtreaktionär und nichtfeudal halte, wichtig sei, daß die ganze Welt Ungarn als reaktionär und feudal ansieht. Nun aber könne Ungarn in den Kampf um die Revision nicht eintreten, solange es durch seine reaktionären Einrichtungen und seinen schlechten Ruf gehandicapt wäre.

Trauertag in Litauen.

Kowno, 27. September. Im Zusammenhange mit dem auf den 9. Oktober fallenden Tag der „Trauer um Wilna" hat das litauische Innenministerium folgendes Communiqué veröffentlicht:

„Litauen durchlebt gegenwärtig ein Stadium der Vorbereitungen zum Kampf mit dem Feinde um die Befreiung von Wilna. Es kann sein, daß wir nicht gezwungen sein werden, zu den Waffen zu greifen, doch wir werden sie ständig bereithalten. Wenn uns die Umstände zwingen sollten, werden wir auf das offene Feld gegen den Feind ziehen. Kennt doch die Geschichte viele Beispiele, da kleine Staaten größere besiegt haben. Solange der Feind in Wilna ist, wird die Kriegsgefahr in Europa nicht beseitigt werden."

Aufruhr in Südrußland.

Moskau, 25. September. (Eigene Drahtmeldung.) In Südrußland, in Sibirien und im Nord-Kaukasus sabotieren die Bauern die zwangsweise Eintreibung von Getreide. Nach mehreren Ortschaften wurden Strafexpeditionen entsandt. Im Dorfe Bukmyshe griffen die Bauern zu den Waffen. Die Truppen bedienten sich in den Kämpfen mit den Bauern der Maschinengewehre. Das Dorf wurde dem Erdboden gleichgemacht.

In Petersburg wurde eine Organisation aufgedeckt, die eine Agitation zugunsten einer grundsätzlichen Reform der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung betrieben hatte, die eine immer größere Unzufriedenheit hervorrief.

Der Aufstand in China.

Schanghai, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte Tschangkaischek, er zweifle nicht daran, daß es ihm im Laufe eines Monats gelingen werde, die Hauptkräfte der von General Tschangfawu geführten Aufständischen zu schlagen. Der Aufstand in den Provinzen Schantung und Kwangsi nimmt einen immer größeren Umfang an, und es wird damit gerechnet, daß er sich auch auf die Nachbarprovinzen ausdehnen wird.

*

Neuer Aufstand gegen die Nanking-Regierung.

Tokio, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) In der Provinz Kansu ist ein neuer Aufstand gegen die Regierung von Nanking ausgebrochen, an dessen Spitze General Li steht. Die Nankinger Regierung hat gegen die Aufständischen starke Militärabteilungen abgesandt.

*

Hinrichtung von 72 Geistlichen.

Belgrad, 26. September. Russische kirchliche Kreise in Jugoslawien haben aus Rußland die Meldung von einem neuen Verbrechen der Bolschewisten im Fernen Osten erhalten. **Dem Sowjet-Terror fielen 72 orthodoxe Geistliche zum Opfer, die wegen gegenrevolutionärer Umtriebe aus Anlaß gewisser Ereignisse angeklagt** waren, die sich in der letzten Zeit im russisch-chinesischen Grenzgebiet ereignet haben. Die orthodoxe Geistlichkeit wird verdächtigt, daß sie mit der russischen Emigration in der Mandschurei Hand in Hand gegangen sei, und die bolschewistischen Behörden verhafteten daraufhin eine Anzahl Geistliche, die durch das Standgericht zum Tode verurteilt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurden auch einige Geistliche erschossen, die seit mehreren Jahren in sowjetrussischen Gefängnissen gesessen hatten. Über diesen Massenmord gab die politische Polizei in Chabarowsk ein Communiqué heraus, in dem die ermordeten Geistlichen „gegenrevolutionäre Hunde" genannt werden.

*

Weißgardisten auf russischem Gebiet.

Tokio, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.) Eine starke Abteilung von Weißgardisten überschritt mit Maschinengewehren und Handgranaten in der Nähe der Ortschaft Tschornaja Padi die sowjetrussische Grenze und hielt sich zwei Tage lang auf russischem Gebiet auf. Sie entwaffneten eine Reihe von Grenzposten der russischen Armee und zogen sich dann auf chinesisches Gebiet zurück.

In den Bezirken Chabarowsk und Wladiwostok haben die Sowjetbehörden die Mobilisierung der Jahrgänge 1905 und 1906 angeordnet. Die eingezogenen Soldaten werden an die chinesische Grenze abkommandiert werden.

*

Deutsche Zurückweisung sowjetrussischer Verleumdungen.

Wie die „Königsb. Allgem. Ztg." aus Berlin erfährt, haben die fortgesetzten und neuerdings in besonders scharfer Form von der Moskauer „Prawda" geführten Angriffe gegen die deutschen Diplomaten in China den deutschen Konsul in Charbin veranlaßt, in einem längeren Schreiben dem deutschen Auswärtigen Amt die dortigen Verhältnisse darzulegen.

Darin erklärt der Konsul, daß die russischerseits vorgebrachten Anschuldigungen völlig erfunden seien, und daß er alles getan habe, um das Los der in China internierten Sowjetrussen zu erleichtern. So empfange er beinahe täglich gegen 400 Sowjet-Frauen nicht nur im Konsulat, sondern auch in seiner Privatwohnung, um ihre Bitten anzuhören und nach Möglichkeit für deren Erfüllung Sorge zu tragen. Der Konsul verweist in diesem Zusammenhange auch darauf, daß es durch seine Bemühungen gelungen wäre, neue Baracken im Internierungslager zu errichten und auch sonst die Lage der Internierten zu erleichtern. Mit aller Entschiedenheit wendet er sich deshalb gegen die unerhörten russischen Insinuationen und ersucht die Reichsregierung, alle Schritte zu unternehmen, um eine Unterlassung dieser Anschuldigungen herbeizuführen. Im übrigen wissen gerade die Vertreter der amerikanischen Presse aus China zu berichten, daß der deutsche Konsul mit größter Aufopferung bemüht sei, die ihm angetragenen Aufgaben zu erfüllen.

*

Wieder ein deutscher militärischer Berater Tschiangkaischeks.

Peking, 26. September. Als Nachfolger des verstorbenen deutschen Obersten Bauer ist der frühere bayrische Generalstabsoffizier Oberst Kriebel vom chinesischen Staatspräsidenten Tschiangkaischek zum militärischen Berater der Regierung ernannt worden.

Japanisch-chinesische Kämpfe.

Wien, 26. September. (PAT) Die Blätter melden aus Schanghai, daß es in der nördlich von Mukden gelegenen Ortschaft Tschling zu ernsten Zusammenstößen zwischen japanischen und chinesischen Truppen gekommen ist. Chinesische Polizeibeamte hatten einen japanischen Soldaten festgenommen, der Gäste im Restaurant belästigte. Bald nahm eine Abteilung japanischer Soldaten vor dem Polizeigebäude Aufstellung, und es kam zu einem regulären Kampf. Die Japaner entsandten eine größere Truppenabteilung und besetzten die Stadt. Da auch die Chinesen weitere Vorbereitungen treffen, wird die Situation als ernst angesehen.

England und die zaristischen Schulden.

London, 26. September. (PAT.) Es sind Gerüchte im Umlauf, daß sich das englische Kabinett jetzt entschlossen haben soll, seine materiellen Forderungen gegenüber den Sowjets ausschließlich auf die privaten Forderungen der durch die russische Revolution und durch die Nationalisierung geschädigten britischen Staatsangehörigen zu beschränken. Die britische Regierung soll entschlossen sein, auf die sogenannten zaristischen Kriegsschulden zu verzichten. Was die Propagandafrage anbelangt, so mißt die britische Seite ebenfalls dieser Frage noch keine große Bedeutung bei. Sofern sich Dowgalewski mit der Formel, die die sachliche Behandlung der privaten Forderungen der britischen Staatsangehörigen garantiert, und mit irgend einer allgemeinen Formel der Propaganda einverstanden erklärt, wird die britische Regierung die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen.

Dieser Standpunkt der britischen Regierung soll Henderson gestern Dowgalewski mitgeteilt haben, der jedoch den Einwand machte, daß seine Vollmachten beschränkt seien und er erst Instruktionen aus Moskau einholen müsse.

Republik Polen.

Polnisch-Schweizerisches Auslieferungsabkommen.

Warschau, 26. September. (PAT.) Im Justizministerium fanden seit einer Woche Verhandlungen in der Frage des Abschlusses eines Abkommens mit der Schweiz über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und über die Rechtshilfe in Strafsachen statt. Gestern wurde der vereinheitlichte Text des Abkommens parafiert.

Piłsudski fährt nicht nach Posen.

Warschau, 26. September. Infolge Überlastung mit Arbeit hat Marschall Piłsudski die Reise nach Posen zum Besuch der Allgemeinen Landesausstellung aufgegeben.

Aufhebung der Sonntagsruhe in Rußland.

Moskau, 26. September. (PAT.) Der Rat der Volkskommissare hat ein Dekret veröffentlicht, durch das verschiedene Unternehmungen und Institutionen zu dem System einer ununterbrochenen Arbeitswoche übergehen sollen. Gearbeitet wird täglich, die Sonntage nicht ausgeschlossen, mit Ausnahme von fünf Tagen, der jährlichen fünf Revolutionsfeiertage. Die Arbeiter werden der Reihe nach einen Ruhetag nach vier Arbeitstagen haben. Die fünftägige Arbeitswoche, die in Handelsorganisationen, kulturellen und anderen öffentlichen Institutionen verpflichtet, wird somit organisiert. In den Institutionen wird der lichen Arbeitsstunden in der Industrie bleibt unverändert.

Riesenbrand in Ungarn.

Aus Budapest wird gemeldet: Eine Feuersbrunst, die an der österreichisch-ungarischen Grenze die Ortschaft Scentpetarfa zum größten Teil vernichtete, ist die größte Brandkatastrophe, die Ungarn in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte.

Durch den orkanartigen Sturm verbreitete sich das Feuer von einem in der Mitte der Ortschaft liegenden Hause mit großer Schnelligkeit und in kaum zwanzig Minuten stand das halbe Dorf in Flammen. Aus allen Häusern ertönten Hilferufe. Die lokalen Feuerwehren waren viel zu schwach, um des Feuers Herr zu werden. Die burgenländischen Behörden hatten mit sofortiger Wirkung das Grenzüberschreitungsverbot aufgehoben, so daß in kurzer Zeit aus 40 umliegenden Gemeinden die Feuerwehren eintrafen. Die aus Steinamanger eingetroffenen Militärabteilungen mußten sich darauf beschränken, der verzweifelten Bevölkerung bei der Rettung ihrer Habe behilflich zu sein. Auch dies gelang nur zu einem geringen Teil.

Die Ernte des ganzen Jahres, zahlreiches Geflügel, Schlachtvieh und Einrichtungsgegenstände sind ein Raub der Flammen geworden, so daß nahezu 1000 Bewohner der 1670 zählenden Gemeinde über Nacht zu Bettlern geworden sind. In der Ortschaft sind neunzig Wohnhäuser und über 100 Nebengebäude eingeäschert worden. Der Schaden beträgt mehr als 100 Millionen Pengö.

Pommerellen.

27. September.

Graudenz (Grudziądz).

* **Der Verband deutscher Katholiken** hielt nach den Ferien am 24. September seine Monatsversammlung ab, die gut besucht war. Im Mittelpunkt des Abends stand der sehr interessante Vortrag des Vorsitzenden über das Thema „Lebenslehre und Sinn des Lebens". Der Redner besprach die Unterschiede zwischen toten Naturkörpern und lebenden Wesen: die Bewegung, Empfindung, Vermehrung als Lebensmerkmale. Länger hielt er sich bei der Darlegung einer zweckmäßigen Ernährung auf, streifte die Ernährung während des Krieges, erklärte, was zur Entdeckung der Vitamine geführt hat. Den größten Raum nahm die Frage ein: Kann die Lebenslehre die Frage nach dem Zweck des Lebens lösen? Da sich die heutige Naturwissenschaft auf die Erforschung des Seins beschränkt, ohne über die Grenzen der sinnlichen Erfahrung hinauszugehen, so ist mit dieser Festsetzung auch das Verhältnis der Lebenslehre zum Sinn des Lebens bestimmt. Da die Natur nicht wertend gestaltet ist, will und kann die Naturwissenschaft auch keine Weltanschauung vermitteln. Wohl vermag sie das Material für Wertgestaltung zu liefern, einen Sinn selber zu setzen vermag sie nicht. Sie kann nichts über den Sinn des Lebens aussagen, nicht einmal, ob das Leben überhaupt sinnvoll oder sinnlos ist. Die Frage nach dem Zweck des Menschen auf Erden beantwortet am besten die Religion. Dem Redner wurde großer Beifall zuteil. Mit dem Papstlied schloß die sehr anregend verlaufene Versammlung. *

* **Die Resultate der Balkonprämiierung** werden jetzt bekanntgegeben. Graudenz besitzt im ganzen 1716 Balkone, von denen 1080 mit Blumenschmuck geziert wurden, während 636 jeder Dekoration mit pflanzlichem Schmuck entbehren. In diesem Jahre wurden Personen, die in den Jahren 1926, 27 und 28 eine Auszeichnung erhalten haben, nicht aufs neue mit einer solchen bedacht. Gegen früher ist in bezug auf die Zahl der dekorierten Balkons und Fenster ein erfreulicher Fortschritt festzustellen. Der Berichterstatter des Verschönerungsvereins, Garteninspektor Warwud, führt jedoch noch Klage über eine Anzahl Vorgärten, die in bezug auf Pflege und Aussehen sehr zu wünschen übrig lassen. Von der Prämienzuerteilung sei hier nur erwähnt, daß die höchste Belohnung in Gestalt der Ehrenprämie der Stadt dem Photographen A. Szamrach, Oberbergstraße (Nadgórna) 43, für seinen Balkon im zweiten Stockwerk, und die erste Prämie des Verschönerungsvereins Herrn F. Dyszer, Börgenstraße (Sienkiewicza) 8, für seinen Balkon und 4 Fenster im ersten Stock zugefallen sind. *

× **Ein tragisches Schicksal** war dem hiesigen Schutzmann Leon Krause beschieden. Am Freitag voriger Woche hatte er das Malheur, mit dem Fahrrade zu stürzen und sich dabei die eine Hand zu verletzen. Die Beschädigung war an sich harmloser Natur. Leider muß wohl irgend eine Verunreinigung der Wunde eingetreten sein, da der Beamte, nachdem er noch Sonnabend Dienst getan, am Sonntag das Bett aufsuchen mußte. Fieber hatte ihn befallen, und es trat eine Steifheit des Genicks ein, die immer mehr nach dem unteren Körper zu fortschritt. Drei Tage nach dem Unfall war der sonst so kräftige gesunde Mann eine Leiche. Donnerstag vormittag trug man ihn zu Grabe. *

× **Tödlicher Unfall.** Von dem Auto P. M. 52 192 überfahren und dabei so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten verschied, wurde Mittwoch abend auf der Culmer (Chelmnoer) Chaussee, in der Nähe des Schützenhauses, der 56jährige Arbeiter Stobca aus Adl. Waldau (Szl. Waldowo), Kreis Culm. Die Leiche brachte man ins städtische Krankenhaus. Wer die Schuld an dem Unfall trägt, bedarf noch näherer Feststellung. *

× **Die Freiwillige Feuerwehr** wurde Mittwoch nachmittag 4.15 Uhr nach Klein Tarpen (M. Tarpno), Neudorfstraße (Nowo riejski) 6, alarmiert, wo in der Wohnung der Familie Drabik ein Küchenspind und Gardinen in Brand geraten waren. Das Feuer wurde von der Wehr in kurzer Zeit unterdrückt. Aus welchem Grunde der Brand entstanden war, ist vorläufig nicht festgestellt worden. Der entstandene Schaden ist unbedeutend. *

× **Diebstähle** wies der letzte Polizeibericht nachstehende auf: Franz Barczewski, Schlachthofstraße (Narutowicza) 4, ist sein 150 Złoty Wert besitzendes Fahrrad, Frau Martha Schulz, Czarnecki-Kaserne, Wäsche im Werte von 60 Złoty, Hildegard Broede aus Lessen (Łasin) aus einem in der Courbierestraße (Kościuszki) hierselbst stehenden Auto ihr Koffer nebst Inhalt im Werte von 150 Złoty und schließlich Bronisław Szekliński, Langestraße (Długa) aus seinem Zimmer 100 Złoty entwendet worden. — Festgenommen wurden zwei Personen wegen Trunkenheit und zwei Personen wegen Diebstahls. *

Thorn (Toruń).

Eine Protestversammlung gegen die Verlegung der Wochenmärkte

vom Altstädtischen auf den Neustädtischen Markt fand kürzlich im großen Saale des „Artushofs" statt. Sie war von einem Komitee des Verbandes der wirtschaftlichen Vereine einberufen worden. Welch brennendes Interesse dieser Frage entgegengebracht wird, konnte man aus dem gewaltigen Besuch ermessen, waren doch ungefähr tausend Personen erschienen, die den Saal und die Logen füllten.

Seitens der Komiteemitglieder wurde u. a. ausgeführt, daß sich der Neustädtische Markt zur Abhaltung von Wochenmärkten nicht eigene, da er zu klein, die Verbindungen zu ungünstig seien und die Geschäftswelt auf dem Altstädtischen Markt dadurch wirtschaftlich schwer geschädigt würde. Da ferner der Verkauf von Kartoffeln, Heu, Stroh usw. auf dem Platz vor dem Schlachthaus jetzt stattfinden muß, sei dies mit großer Zeitversäumnis und Unkosten für die Hausfrauen und mit großen Unbequemlichkeiten für die Landwirte verknüpft. Es wurde ferner die rechtliche Seite der Verordnung des Stadtpräsidenten beleuchtet und die Befugnis desselben zum einseitigen Erlaß solcher in das ganze Wirtschaftsleben schwer eingreifender Bestimmung in Zweifel gezogen.

Hierauf entwickelte sich eine sehr lebhafte Debatte, in welcher die meisten Redner ihren Unwillen über die Maßnahme des Stadtpräsidenten zum Ausdruck brachten. Es wurde u. a. hervorgehoben, daß der Altstädtische Markt seit Jahrhunderten der traditionelle Platz für Abhaltung der Wochenmärkte sei, daß die Verbindung für die Verkäufer und das kaufende Publikum hier am günstigsten sei und daß der Neustädtische Markt viel zu klein sei. Da hier starker Verkehr herrsche, so entstünde daraus ein Chaos und infolgedessen können leicht Unglücksfälle eintreten und der Verkehr gehemmt werden. Ferner wurden die Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten für Käufer und Verkäufer dargelegt, die durch die Teilung der Warengattungen für Neustadt und Schlachthausplatz entstehen. Weiterhin wurden die wirtschaftlichen Schäden erörtert, die die Geschäftsleute der Altstadt durch diese neue Verordnung erleiden. Das wirtschaftliche Leben dieses Stadtteils wird dadurch ersterben. Die Ausführungen sämtlicher Rener fanden stürmischen Beifall.

Als zwei Redner für die neue Verordnung eintraten, stießen sie auf schärfsten Widerspruch der gesamten Versammlung. Es entstand eine gewaltige Unruhe, zumal die Anwesenden ihrem Unwillen durch Trampeln, Pfeifen usw. Ausdruck gaben. Auf die Bemerkung eines Diskussionsredners, daß der Altstädtische Markt zu Repräsentationszwecken nötig sei, wurde ihm von anderer Seite die drastische Erwiderung zuteil, daß die Bürger an der Repräsentation „krepieren" könnten. Es wurde auch die Ansicht geäußert, daß der Stadtpräsident nicht befugt sei, eine derartige Verordnung zu erlassen und daß hierzu unbedingt die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung notwendig sei, daß jedoch zumindest diese Verordnung drei Wochen vorher hätte bekannt gemacht werden müssen. Mit dieser Angelegenheit hätte sich noch die Stadtverordnetenversammlung zu beschäftigen. Die Redner forderten die Abhaltung der Hauptwochenmärkte wie bisher auf dem Altstädtischen Markt bis zu dem Zeitpunkt, an dem die neue Markthalle, deren Einrichtung geplant sei, errichtet sein würde.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen die dem Stadtpräsidenten und dem Wojewoden überreicht werden soll und in der die Rückverlegung der Wochenmärkte auf die Altstadt verlangt wird. * *

‡ **Die Einrichtung einer billigen Fleischbank** im städtischen Schlachthause ist auf Antrag des Magistrats durch den Wojewoden genehmigt und der Beschluß veröffentlicht worden. Zum Verkauf nur für den Hausgebrauch, nicht aber an Fleischer, Wurstmacher und Händler mit Fleisch, gelangt minderwertiges Fleisch, das jedoch zum menschlichen Genuß freigegeben ist. Das zum Freibankverkauf bestimmte Fleisch wird in Stücken zu 1 Kilo abgegeben. Die an einem Tage gekaufte Menge darf 3 Kilo nicht übersteigen. Der Verkauf findet jeden Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 10 bis 1 Uhr mittags statt. * *

v. **Aus dem Gerichtssaal.** Stanisław Wierzelewski, 20 Jahre, und Adam Kosobudzki, 21 Jahre, beide wohnhaft in Thorn, wurden des Diebstahls in der Kapelle am Bayerndenkmal beschuldigt, wo sie im Juli d. J. verschiedene Gegenstände im Werte von einigen hundert Złoty gestohlen hatten. Dann führten sie noch Diebstähle bei Dalkowski, Szpißgart und anderen, und später in dem Gebäude am Sportplatz aus. Einige Stunden nach dem Diebstahl hatte sie die Polizei bereits gefaßt. Der erste Angeklagte bekennt sich nicht schuldig, er sagt, er sei vollkommen betrunken gewesen und erinnere sich an nichts mehr. Der andere Angeklagte sagte aus, daß er nur Schmiere gestanden hätte. Das Gericht verurteilte W. zu 4 Monaten Gefängnis, und den K., der schon vorbestraft war, zu 6 Monaten Gefängnis. — Die zwanzigjährigen W. Scheffer, F. Kowalkowski und F. Buczkowski, sowie der 18jährige Jan Matuszewski brachen in die Restauration von Kaczmarek auf der Bazarkämpe ein und stahlen einen eisernen Ofen, ein Bett und andere Sachen, die sie mit einem Boot nach der Stadt brachten. Das Gericht verurteilte Kowalkowski und Buczkowski zu je 4 Monaten, und Matuszewski zu 3 Monaten Gefängnis. Scheffer wurde freigesprochen. — Der 30jährige Henryk Witkowski, mehrmals vorbestraft, erhielt für einen Diebstahl, den er in der Lederhandlung von Grymaszewski begangen hatte, 10 Monate Gefängnis. * *

‡ **Zwei Straßenunfälle.** Mittwoch vormittags gegen 9.45 Uhr wurde der Oberleutnant Kazimierz Grabowski, der mit einem Rade von der Artillerieschule in Mocker nach der Stadt fuhr, durch die Autodroschke Nr. 30, die durch den Chauffeur Zygmunt Dybowski aus der Königstraße (ul. Sobieskiego) 17 gesteuert wurde, von hinten angefahren. Das Fahrrad wurde dabei beschädigt, während der Oberleutnant selbst ohne Verletzung davonkam. — An demselben Tage wurde die Ehefrau Walentyna des Culmer Chaussee (Szosa Chelmińska) 131 wohnhaften Teodor Bartkowski durch ein einspänniges Fuhrwerk, das auf dem Bürgersteig (!) der Culmer Chaussee entlangfuhr, angefahren. Sie erlitt dabei geringfügige Verletzungen. In beiden Fällen wurde polizeiliche Untersuchung eingeleitet. * *

‡ **Der Polizeibericht** vom 26. September verzeichnet die Anmeldung von drei kleineren Diebstählen, sieben Übertretungen polizeilicher Bestimmungen und eine Übertretung handelsadministrativer Vorschriften. * *

h **Neumark** (Nowemiasto), 26. September. Ausschreibung. Das hiesige staatliche Hochbauamt (Państwowy Urząd Budownictwa Naziemnego-Nowemiasto nad Drwęcą) schreibt die Ausführung der Erd- und Maurerarbeiten am Bau der Landwirtschaftlichen Schule in Malinowo, Kreis Soldau (Działdowo) aus. Offertenformulare sind im Bureau des angegebenen Amtes gegen Entrichtung einer Gebühr von 5 Złoty erhältlich. Bewerber können ihre Offerten, die verschlossen, versiegelt und mit der Aufschrift „Oferta na prace ziemne i murarskie przy budowie szkoły rolniczej w Malinowie" versehen sein müssen, bis spätestens 3. Oktober d. J., 12 Uhr mittags, einreichen. Bei der Offerte ist eine Quittung über eine in der Finanzkasse niedergelegte Kaution in Höhe von 2000 Złoty in Barschaft oder Wertpapieren beizufügen. — Einen ungewöhnlichen Tod erlitt der Bettler Borowski in Jeglja. Da er sich zur militärischen Übung nicht stellte, sollte er durch die Polizei zugeführt werden. Die Polizei konnte ihn aber niemals zu Hause antreffen. Schließlich meldete sich B. selbst der Polizei, die ihm erklärte, daß er sich am nächsten Tage fertig zur Fahrt zu stellen habe. Da er sich aber nicht meldete, stellte die Polizei Nachforschungen an und es gelang ihr auch, B. eines nachts festzunehmen und ihn ins Arrestlokal in Rybno einzusperren, von wo er am kommenden Tage abtransportiert werden sollte. Trotzdem dem Arrestanten alle überflüssigen Sachen abgenommen wurden, hatte er sich Zündhölzer besorgt und ein Stück Papier angebrannt, um sich in der Zelle zu orientieren. Als hierbei sein Lager Feuer fing, wollte er dieses auslöschen und zog sich Brandwunden an den Händen und im Gesicht zu. Auf die Hilfeschreie eilten Leute herbei, denen es

auch gelang, B. in bewußtlosem Zustande zu bergen. Unter heftigen Qualen starb er aber am fünften Tage nach dem Unglück.

P. **Vandsburg** (Więcbork), 26. September. Der Donnerstag=Wochenmarkt war stark belebt. Für das Pfund Butter zahlte man 3—3,20 und für die Mandel Eier 2,60—2,80. Der Gemüsemarkt war reichlich beschickt, doch wurde nur wenig verkauft. — Die Anfuhr von Ferkeln auf dem Schweinemarkt war mittelmäßig. Der Verkauf unterblieb, da nur einige Käufer erschienen waren und Preise für das Paar Ferkel von 80—85 Złoty gefordert wurden.

* **Strasburg** (Brodnica), 25. September. Am 19. September d. J. ergriff in Górale ein vierjähriges Kind in einem unbewachten Augenblick ein Fläschchen mit Augentropfen — es handelte sich um Scopolamintropfen —, bereitete sich aus dem Inhalt des Fläschchens eine „Limonade" und trank davon. Das Kind erkrankte alsbald unter schweren Vergiftungserscheinungen. Dem aus Jablonowo herbeigerufenen Arzt Dr. Przygode gelang es mit vieler Mühe, das Kind zu retten. — In der Nacht zum 25. d. M. wurde der Händler Felix Bortowski in Lemborg während eines Streites am Kopf schwer verletzt. Der sofort zugezogene Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Polnisch-Oberschlesien.

* **Kattowitz** (Katowice), 25. September. Wohnungswucher. In Kattowitz ist von der Staatsanwaltschaft ein Möbelfabrikant Nogliński wegen Wohnungswuchers verhaftet worden. Er hatte einem gewissen Herbe eine Vierzimmer=Wohnung für 15 000 Złoty verkauft.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 26. September. 19 Jahre Prozeß um eine Schadenersatzleistung. Vor etwa 19 Jahren war in Warschau im Laden der Eheleute Warcki eine Frau erschienen, um Petroleum zu kaufen. Als die Frau bezahlen wollte, fiel ihr hierbei eine Kopeke auf den Fußboden. Beide Frauen begannen nun nach der Kopeke zu suchen, wobei die Ladenbesitzerin mit einem Streichholz der Petroleumzisterne so nahe kam, daß ein Feuer ausbrach, dem nicht nur der Laden, sondern auch das benachbarte Haus der Familie Galczynski zum Opfer fiel. Die Familie Galczynski strengte gegen den Ladenbesitzer einen Prozeß an und gab als Zeugin die Kundin an, die aussagte, daß die Ladenbesitzerin mit dem Streichholz unvorsichtig umgegangen war. Das russische Gericht verurteilte seinerzeit die Familie Warcki zur Zahlung von 14 000 Rubeln zugunsten der Familie Galczynski. Die Warckis wandten sich darauf mit einer Berufung an das Appellationsgericht. Nun war aber der Krieg ausgebrochen. Nach einigen Jahren starb der Ladenbesitzer und bald darauf dessen Frau, und das Vermögen ging in die Hände der Kinder über. Nun, nach 19 Jahren, verlangen die Galczynskis, indem sie sich auf das Urteil vor dem Kriege stützen, von den Erben die Auszahlung des Gegenwertes von 14 000 Rubeln. Die Kinder stützen sich auf die von ihren Eltern eingebrachte Berufung an das Appellationsgericht. Dieses berief sich wiederum auf die Aussagen der Kundin, die vor 19 Jahren in dem Laden Petroleum gekauft hatte und Zeugin des Brandunglücks geworden war und verurteilte die Erben zur Zahlung von 37 000 Złoty zugunsten Galczynskis. Nunmehr haben sich die Erben an das Oberste Gericht gewandt und geben an, daß sie in ihrem ganzen Vermögen nicht 37 000 Złoty besitzen. Das Urteil des Obersten Gerichts wird mit allgemeinem Interesse erwartet.

* **Lodz**, 25. September. Festgenommener Mörder. Wir berichteten unlängst über einen Mord in der Zgierskastraße, dem der 28 Jahre alte Chauffeur Bronisław Sybilski zum Opfer fiel. Sybilski hatte fünf Messerstiche in den Rücken erhalten und war auf der Stelle tot. Sofort nach der Mordtat wurden drei Personen verhaftet, die der Tat verdächtig waren. Die Untersuchung ergab aber ihre Unschuld, weshalb sie wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Die Leiche des Ermordeten wurde nach dem Prosektorium gebracht. Gestern bemerkte nun der dort diensthabende Beamte einen Mann, der beim Anblick der Leiche ein sonderbares Benehmen an den Tag legte. Als er ihn aufforderte, sich zu legitimieren, ergriff der Mann die Flucht, wurde aber beim Übersteigen eines Zaunes verhaftet. Nach dem Untersuchungsamt gebracht, gestand er die Tat ein und erklärte, daß er den Mord in der Trunkenheit begangen habe. Er ist der Zgierska 57 wohnhafte Bureaubeamte Jan Siniarski.

Völkerbund und Minderheiten.

Von besonderer Seite erhalten wir über die letzte Völkerbundtagung in Genf im Zusammenhang mit der Minderheitenfrage folgenden optimistischen Bericht:

Genf, Ende September.

Die zehnte ordentliche Session der Vollversammlung des Völkerbundes hat für die Minderheitenfrage doch eine gewisse Bedeutung gehabt, trotzdem weder eine besondere Resolution von der Vollversammlung angenommen, noch die geforderte Minderheiten=Kommission gegründet wurde. Elf erste Delegierte haben in der Minderheitenfrage das Wort ergriffen und auf das Gewicht ihrer richtigen Lösung hingewiesen. Wenn man diese Erklärungen betrachtet, so ist man zu der Feststellung gezwungen, daß die Sache der Minderheiten doch noch nicht ganz begraben wurde, trotzdem sie nicht mehr so stark im Zentrum der Diskussion stand, wie bei den bisherigen Ratstagungen.

Interessant war besonders die Haltung der englischen Regierung. Mit dem Aufhören der traditionellen Initiativlosigkeit des konservativen Kabinetts in europäischen Fragen durfte man auf eine Aktion der neuen Arbeiter=Regierung in der Minderheitenfrage rechnen. Deren grundsätzliches Interesse für dieses Problem war bekannt, und es war daher ganz selbstverständlich, daß wenigstens ein Vertreter der neuen Regierung von der Tribüne der Vollversammlung aus mitteilte, in welcher Weise England die Minderheitenfrage zu fördern und zu lösen bestrebt sein werde. Der Wortlaut nun der Erklärung Macdonalds war sorgfältig überlegt; desgleichen auch der Zusammenhang mit anderen Meinungsäußerungen, die in der Rede des Premierministers enthalten waren. Schließlich sind einige zusammenfassende Sätze, in denen Hinweise, ja Versprechungen enthalten sind, nicht außer Acht zu lassen und im Zusammenhang zu bewerten. Es will uns scheinen, als ob die Äußerungen des englischen Premierministers nicht gebührend beachtet worden sind, und es sei deshalb gestattet, auf seine Ausführungen auch im Lichte ihrer Zusammenhänge zurückzukommen. Mitten unter Betrachtungen über schwere moralische Pflichten, denen sich die englische Regierung nicht entziehen, sondern welche sie erfüllen will und schon zu erfüllen begonnen hat, steht die Erklärung über die Minderheiten. Kurz vorher finden wir einen Satz, der vom Respekt der eigenen Nationalität spricht. Ihm folgt ein anderer, in dem erklärt wird, daß dieser Respekt eine natürliche Forderung ist und eine logische Folgerung aus den Lehren und Maximen, welche immer von England aus verkündet worden sind. Es handle sich also hier nicht um eine Wohltätigkeit, sondern um das Einlösen eines gegebenen Versprechens. Dieser Satz galt für Ägypten. Gleich darauf kommen die Worte: „Die Frage ist dieselbe für die Minderheiten, die in den großen Ländern leben" usw.

Weiter sagt der englische Premier, daß die Frage der Mandate der Minderheitenfrage benachbart sei und daß es bei Einführung der Mandate abgemacht gewesen sei, daß die Nation, welche ein Mandat annahm, eine internationale Verantwortung zu tragen und Rechenschaft abzulegen hatte. Es darf bestimmt behauptet werden, daß dieses Nebeneinanderstehen solcher Feststellungen keineswegs rein zufällig ist, sondern seine tieferen Gründe hat. Es handelt sich dabei um eine Aufzählung der Gegenstände, für welche sich die englische Regierung interessiert, um eine Zusammenfassung der Fragen, welche sie für ungelöst hält und an denen sie arbeitet. So sagt es voller Klarheit Herr Macdonald: „Diese Fragen sind, Herr Präsident, einige von den lebenden (active) Dingen, an denen die Regierung Groß=Britanniens arbeitet." Es ist ohne jeden Zweifel erlaubt, in diesen Worten ein Versprechen für die Zukunft zu sehen! Es ist ein deutlicher Hinweis gegeben worden, daß die Minderheiten=Frage weder gelöst noch begraben ist, sondern daß sie sich unter aufmerksamer Aufsicht befindet und daß Lösungen für sie gesucht werden.

Ein zweiter Gewinn ist in der Erklärung des rumänischen Außenministers Mironescu zu finden. Auch dort hat sich eine Änderung vollzogen. Man soll sich nicht durch den Teil seiner Ausführungen irreführen lassen, in dem erklärt wird, daß es nicht mehr möglich erscheine, auf dem Wege der Reformen weiterzugehen und die Minderheiten zu einer internationalen Person zu machen. Denn in derselben Rede finden wir die Äußerung, daß die Minderheiten vom Staate aus nicht als ein Hindernis empfunden werden, sondern als ein Element, das dem Fortschritt des Landes durch die Konkurrenz der verschiedenen Kulturen dient. Über die Beziehungen zwischen der Regierung und den Minderheiten sprechend, wies der Minister auf das Wahlbündnis vom letzten Dezember hin und auch auf einige bereits ergriffene Maßregeln im Sinne gewisser Minderheits=Forderungen. Im Munde eines rumänischen Außenministers sind solche Worte ein Novum; daß sie vor der Vollversammlung des Völkerbundes gefallen sind, läßt sie besonders bedeutsam erscheinen.

Die anderen Reden sind bereits soweit bekannt, daß ein Eingehen auf sie nicht mehr nötig ist. Es kann ohne Zweifel behauptet werden, daß eine ganze Reihe von Mitgliedern des Völkerbundes an dem Minderheitenproblem ohne Unterbrechung weiterarbeiten. Das von gewisser Seite betriebene Manöver, das ganze Problem mit den Madrider Beschlüssen als abgetan gelten zu lassen, ist restlos mißlungen. Vielleicht ist der mißglückte Versuch für die Minderheiten selbst ein Gewinn geworden. Wieviel mehr Vorsicht müssen sich jetzt diejenigen auferlegen, die Konflikte mit ihren Minderheiten haben oder erwarten. Die gefürchtete „Publicité" ist heute viel leichter zu erreichen, als vor der letzten Genfer Tagung, und sie mag sich leicht noch weiter ausdehnen.

Die Konflikte und Meinungsverschiedenheiten im Haag, zu denen sich noch andere hier in Genf zu gesellen drohen, wenn die letzterwähnten auch niemals dieselbe Schärfe annehmen werden, erzeugen eine ganz unverhüllte Nervosität. All die schönen Worte von der „Union Paneuropéenne" vermögen diese Tatsache nicht zu verhüllen. Vor einem wollen sich dabei die Minderheiten jetzt gleich in Acht nehmen. Die Lösungsmöglichkeiten ihrer Fragen sollen nicht durch neue Pläne verworren und aufgeschoben werden. Wie in der Abrüstungsfrage die Erfindung neuer unklaree Begriffe jede wirkliche Entwicklung jahrelang hemmt, so soll die Minderheitenfrage nicht durch unklare Aussichten einer zweifelhaften Paneuropa=Lösung aufgehalten werden. Wenn die Ausführungen des Herrn Briand auch viel Interessantes und Richtiges enthalten, so wird er doch billigerweise nicht erwarten, daß die Minderheitenbewegung sich durch solche Versprechungen aufhalten läßt. Herr Waldemaras hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß die Briandschen Vorschläge nicht ohne vorherige Lösung der Minderheitenfrage verwirklicht werden können. Zu dieser Erfahrung werden die Staatsmänner, sollten sie einen anderen Weg einzuschlagen versuchen, auch bald kommen müssen.

Auf ein anderes Moment sei hier noch zum Schluß hingewiesen. Zum ersten Male befindet sich unter den Gliedern einer Delegation, nämlich der lettischen, in der Person des deutschen Abgeordneten und Chefredakteurs der „Rigaschen Rundschau", Paul Schiemann, eine führende Persönlichkeit der Minderheitenbewegung. Die prinzipielle Bedeutung dieser Tatsache wurde allseitig anerkannt und der moralische Kredit des lettischen Staates wurde dadurch gehoben, denn diese Ernennung wird überall als von einer klugen staatsmännischen Politik diktiert ausgelegt. Das offiziöse „Journal de Genève" vermerkte bei der Besprechung der einzelnen Delegationen dieses Faktum als ein ganz besonderes Ereignis. Ein überraschend reges Interesse bekundete dafür die amerikanische „Liga für den Völkerbund", die auf einem Bankett, zu dem der lettische Außenminister Balodis geladen war, die lettische Regierung für diese Tat des guten Willens durch ihre Redner feiern ließ. Die Ernennung Schiemanns verneine ein für allemal die so oft behauptete Unlösbarkeit des Minderheiten=Problems. In diesem Sinne hat der lettische Außenminister fraglos recht, wenn er in Genf sagt, daß die Regelung des Problems durch eine interne Gesetzgebung, die Herstellung guter Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit, ein wesentlicher Beitrag zur Lösung dieses nahezu für alle Völker lebenswichtigsten internationalen Problems wäre.

Leben Sie über Ihre Verhältnisse?

Das leichtsinnige Europa. — Deutsche Ideale von einst. Autos und Füchse, die noch nicht bezahlt sind. — Der Sport als Erziehungsfaktor.

Von **Egon H. Straßburger.**

Ein Amerikaner verbrachte in Europa die letzten drei Jahre mit einem ganz eigenartigen Studium. Mit eifrigem Bemühen studierte er nicht etwa das Element der Frauen, nicht die Arbeitsverhältnisse, auch nicht Gastronomisches — er versenkte seinen Geist lediglich in das Thema: „Leben die Europäer über ihre Verhältnisse oder passen sie sich in ihrem Etat dem Verdienste an?"

Wie er statistisch diese Wahrheiten rechtfertigt, entzieht sich unserer Beurteilung. Es haben ja so viele Leute ihr eigenes System, sei es in Monte Carlo, sei es beim Mauscheln am Stammtisch oder als Pädagogen im Erziehungsheim.

Der reiche Amerikaner, den ein Betätigungstrieb über den großen Teich dampfen ließ, hat errechnet, daß Frankreich 65 Prozent über seine Verhältnisse lebe, England 40 Prozent, Italien 60 Prozent, Österreich 70 Prozent, Polen gar 90 Prozent, die Schweiz 25 Prozent, Holland 20 Prozent, Dänemark 50 Prozent, Monaco 0 Prozent und Deutschland 35 Prozent. Von russischen Prozenten nahm er Abstand, indem er in einer Artikelserie ausführte, daß in diesem Lande fast nirgends der Luxus aufkomme. Die ihn aber treiben, verschwänden bei dem Elend von Masse Mensch. Vielleicht in Prozenten ausgedrückt: minus 100 Prozent!

Interessant Polen! Das Land des schäumenden Übermuts. Ist es heute wirklich genau noch so wie vor 150 Jahren, als ein Poniatowski von Katharinas Gnaden hier regierte. Das viel und wenig liegt in der Vergleichung. Natürlich kann es sich nur um einen relativen Luxus handeln. Für den Arbeitslosen gehört schon die Zigarette dazu und der Schnaps. Frankreichs Lebensweise ernüchtert. Vor dem Kriege waren die Franzosen ein sparsames Volk; sie waren genügsam und mit wenigem zufrieden. Ein kleiner Weinberg ernährte eine große Familie. Mit zweitausend Mark Rente konnte der Provinzler gut existieren. Heute fährt auch der Luxus in die bürgerlichen Kreise. Man will sein Leben genießen. Das Sparen kommt erst in zweiter Linie.

Die Schweiz mit ihren bienenfleißigen Einwohnern flößt Respekt ein. Der Schweizer Bürger, der als Hotelier heute mehr als je hinterher ist, gute Preise zu halten, ist immer bestrebt, Schätze auf die hohe Kante zu legen. Das Wort „Nepp" ist heute besonders in den südlichen Kantonen gut angebracht. Wer das Bestreben hat, von den anderen viel zu nehmen, ist für sich selbst merkwürdigerweise sehr genügsam.

Daß Monaco nicht über seine Verhältnisse lebt, findet seine Erklärung eben — in den guten Verhältnissen.

Österreich war stets genießerisch veranlagt. Und heute, da der Handel mit dem Balkan verstummt ist, da die fruchtbaren Länder abgetrennt sind, bleibt den lebenslustigen Österreichern nichts anderes übrig, als mit 70 Prozent über pari dahinzuleben.

Das arbeitsame Holland mit seinen nur 20 Prozent Plus war immer ein Volk, das nicht allzuviel für das Vergnügen übrig hatte, im Gegensatz zu den Dänen, denen Lebensgenuß Hauptdevise war und heute noch ist.

Der Amerikaner hat in seiner Artikelserie erklärt, daß die deutschen 35 Prozent seit Beendigung der Inflation heute ein Beweis des Luxusabstieges seien. Der Amerikaner behauptet, daß die Deutschen 1924 auf 90 Prozent gestanden hätten. Das heißt: man findet sich im Reich wieder langsam zurecht. Mögen auch Pessimisten, wie üblich, manchmal anderer Meinung sein.

Der Deutsche war vor dem Kriege sparsam, oft sogar als knickerig verschrien. Im Auslande hatte er dieses „Odeur" nie verloren. Man bezeichnete den Deutschen in den Kolonien zum Beispiel als verläßlich und korrekt, aber meist als kleinlich und engherzig. Wenig Deutsche lebten früher über ihre Verhältnisse. Wer es tat, wurde als kleiner Verbrecher bezeichnet. Sparkasse, billige Preise, vernünftige Menüs waren die Ideale. Heiße Lebensgier kannte man nicht. Man rechnete sozusagen mit dem Sechser. Bei dieser Lebensanschauung war ein Dasein, das über die Verhältnisse ging, kaum möglich.

Heute hat ein gewisser Wandel in vielen Kreisen stattgefunden. Man lebt gern ein bißchen in den Tag hinein und läßt es sich wohlergehen. Das Schuldenmachen, das oft mit der Lebenslust Hand in Hand geht, ist in Deutschland eine viel häufiger wiederkehrende Angelegenheit geworden als früher, wo die Anleihe bei unseren Mitmenschen als eine der sieben Todsünden galt. Die lockere und gelockerte Lebensansicht bringt heute manchen dazu, den schneidigen oder vornehmen Mann zu spielen. Wieviele unserer Autos sind vollbezahlt? Wieviel Wechsel schwirren in der Weltgeschichte umher? So viele haben das Bestreben, wenn nicht durch ihren Geist, so doch mit ihrer kostbaren Automarke zu glänzen. Das Abzahlungssystem überhaupt fördert die Freude am Luxus, und die Freude, über die Verhältnisse zu leben. Der wertvolle Fuchs einer vornehmen Dame, der in den seltensten Fällen voll bezahlt ist, reizt diese Dame zu neuen Ausgaben. Aber schon hat es den Anschein, als ob dieses animierende Abzahlungswesen mit seinen Resultaten sich doch auf absteigender Linie bewege.

Über seine Verhältnisse leben ... Man tut es in Deutschland im Großen, indem man auf Kosten des Magens bald vier Milliarden für Lebensmittel dem Auslande gibt. Früchte aller Art, Speisen aller Art, Dinge, die lecker und gut munden, deren Konsum aber durchaus nicht notwendig ist, verteuern die Lebenshaltung. Der Engländer zum Beispiel ist auf gastronomischem Gebiete viel nationaler gesinnt. Er hält sich krampfhaft zurück, sein Geld dem Auslande hinzuwerfen. Aus seinen Meeren zieht er die Fische, und er konsumiert dreimal so viel als der Deutsche. Dieses Geld bleibt also in seinem Lande, während die Deutschen zum Beispiel mit exotischen Früchten scharf kokettieren.

Es wäre falsch, zu behaupten, daß zum Beispiel die Sommerreise zu den Verschwendungen zähle. Die Gesundheit, die dadurch wiederkehrt, gibt natürlich neue Arbeitskraft. Und diese Arbeitskraft gleicht sofort das Minus wieder aus. Aber auch die ständig wachsende Anhängerschaft des Sports hilft den noch immer etwas zu hohen Prozentsatz abbauen. Wer ständig Sport treibt und ihm ergeben ist, wird genügsam und verzichtet gern auf manchen Luxus des Lebens. Denken wir nur an die Spartaner, die mit ihrer schwarzen Suppe sehr glücklich waren, wohingegen der genußeifrige Athener zum Leben alle Surrogate und Finessen gebrauchte.

Papst und Faszismus.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Dr. E. Rom, Ende September.

Noch liegt kein Staub auf den Lateranverträgen, noch hat der Papst keine Gelegenheit gefunden, italienischen Boden zu betreten — denn bei jener Juliprozession verließ er zwar den Vatikan, nicht aber den Petersplatz, der sein Reich begrenzt — und schon tauchen neue Wolken auf zwischen der Città del Vaticano und dem Palazzo Venezia, wo nun Mussolini seinen schicksalsschweren Schreibtisch aufgeschlagen hat.

Am Eingang zu dieser venetianischen Burg, die aus den Quadern des Kolosseums errichtet wurde, halten des Duce nachtschwarze Musketiere, zwei Jünglinge seiner blutjungen Leibgarde die Wache, und sein Arbeitszimmer, den Landkartensaal des päpstlichen und österreichischen Palastes, weihte er am Sonnabend mit einer Rede ein, die keinen Zweifel darüber ließ, wohin die Fahrt geht. Nämlich unmittelbar in den starken, in den rein faszistischen Staat, der keine anderen Götter neben sich duldet. Der schon dem Kind im Mutterleib befiehlt, das Licht der Welt gefälligst faszistisch zu begrüßen, der ihm als erstes Hemd die schwarze Bluse anzieht und den jungen Bürger auf Schritt und Tritt begleitet, bis er das Gewehr zum Schutze des Duce und der Revolution handhaben kann. Unterricht? Unterrichten kann auch ein privates Unternehmen, der Staat aber hat die Pflicht, Faszisten heranzubilden, Nationalisten, hundertprozentige Italiener! Daher fort mit dem Unterrichtsministerium und an seiner Stelle ein Ministerium der nationalen Erziehung geschaffen! Die Kirche? Auch sie hat sich meiner Formel zu beugen: Alles im Staat, nichts außerhalb, nichts gegen den Staat! Die Gegenformel einer „indirekten Macht" der Kirche weist man unerbitterlich zurück.

Und weiter: Für immer vorüber sind die Träume von einer zeitlichen Macht; der Kirchenstaat ist zu einer Stadt reduziert worden und diese Stadt wurde auf wenige Hektar reduziert. Hinterher sind zwar wieder Illusionen aufgetaucht, aber prompt von Mussolini beigelegt worden, mit Sanktionen, die auf dem Fuße folgten. Allerdings ist von der Beschlagnahme einiger Dutzend radikalkatholischer Blätter bis zu einem Kulturkampf noch ein weiter Schritt. Die Kirche kennt die faszistische Lehre. Rom wacht, daß sie nirgend verletzt wird, neuntausend Schildwachen stehen in jedem Winkel Italiens, jede Übertretung zu melden. Übrigens stehen nur noch einige Grenz- und norditalienische Provinzen abseits; an allen anderen Orten arbeitet der Klerus eng zusammen mit dem Regime. — —

Wie gesagt, das war am Samstag, und am Sonntag antwortete der Papst mit einer Fensterrede an die Jungkatholiken, die von den strilloni des Osservatore Romano, den Zeitungsverkäufern, auf allen Märkten und Gassen mit den Trompetentönen des großen Ereignisses ausgeschrien wurde. Die faszistische Presse bewunderte zwar die Geschäftstüchtigkeit des vatikanischen Organs, der einzigen nichtfaszistischen und damit, wenn man will, oppositionellen Zeitung des Landes, fand es aber unangebracht, daß sich die strilloni, die doch dem faszistischen Syndikat angehören, so lungenkräftig für die Konkurrenz einsetzen.

Und am Montag war der Kampf zwischen Päpstlichen und Schwarzhemden in vollem Gange, wenigstens auf dem geduldigen Papier. Wie ein Mann scharten sich die Journalisten des Liktorenbündels um ihren vergötterten Duce. Sie blieben dem Staaathalter Christi kein Wort schuldig und hieben zurück, daß die Druckerschwärze rauchte, und griffen an, als sei niemals ein Aussöhnungsvertrag unterzeichnet worden.

Betrachtet man die Dinge, die den Groll des Pontifex erregten, in sachlicher Ruhe, so ergibt sich, daß die „sehr großen Schwierigkeiten", sich mit dem faszistischen Regime zu verständigen, nach wie vor in der Frage gipfeln: Wem gehört die Jugend? Eine Frage, auf die allerdings Mussolini tagszuvor eine deutliche Antwort gegeben hatte, die aber durchaus nicht unerwartet kommen konnte, denn so war seine Meinung schon immer gewesen: vor und nach, vor allem jedoch bei der Unterzeichnung der Lateranverträge. Es wird vielen Lesern noch in Erinnerung sein, daß die Aussöhnung an dem Problem der Jugenderziehung beinahe gescheitert wäre und nur zustande kam, weil beide Teile in der kritischen Stunde den Streitpunkt unter den Tisch wischten, statt ihn zu klären. Jetzt taucht er wieder als trennender Schatten auf.

Mit ungefähr den gleichen Worten hatten Papst wie Duce versichert, nie und nimmer auf die Jugend verzichten zu wollen — wir sind also heute so weit wie vorher.

Pius XI., über die Maßen erregt und seine Worte nicht mit der sonst bei ihm geübten Vorsicht wählend, schoß übers Ziel hinaus, als er die von Mussolini zugegebene Verfolgung der radikalkatholischen Blätter und das Verbot gewisser katholischer Verbände, wie der Pfadfinder, als ein Martyrium bezeichnete, das einer späteren Seligsprechung der Jungkatholiken würdig sei. Die faszistische Presse höhnt über diese Gloriole: wackere Märtyrer, die von ihrem Henker halbe Fahrpreise auf der Bahn verlangen und sofort bewilligt bekommen, um nach Rom fahren zu können. Der Papst beklagt die Bespitzelung, die Vedette, von denen Mussolini sprach, aber er bekommt zu verstehen, daß diese Schildwachen eine staatliche Kontrolle ausüben, auf die auch der Kirchenstaat seinerzeit nicht verzichten zu können glaubte. Die Organisation der katholischen Jugend sei ohne Zweifel politisch, also gesetzwidrig.

Was aber die Faszisten am meisten in Wut brachte, das war ein besonders scharfgeschliffenes Wort vom Stuhle Petri her: „Der Tag wird kommen und bald kommen, wo man wieder bewährte Männer von unbestechlicher Ehrlichkeit brauchen wird, und dann fällt die Wahl auf euch, meine Söhne!" Ob der Papst damit nun auf gewisse Skandale innerhalb der Staatsverwaltung anspielen wollte oder nicht, der Faszismus fühlte sich jedenfalls getroffen und witterte mehr: eine eHrausforderung Mussolinis, denn der Duce hatte ja seine große Rede gerade mit einer Anerkennung der makellosen Sauberkeit seines Beamtentums und der Drohung geschlossen, er werde jede Verallgemeinerung bedauerlicher Vorkommnisse so unbarmherzig rügen wie seinerzeit, als seine Gegner aus der Matteotti-Affäre Kapital zu schlagen suchten. Dem Papst wird nun vorgehalten, er verlasse das geistliche Gebiet, um sich in recht menschliche Dinge zu mischen. Der Heilige Vater, das ist der Kernpunkt der faszistischen Antwort, habe sich fortan jeder Politik zu enthalten. Wenn er sich in aggressivem Geist mit menschlichen Dingen beschäftige, so werde er immer neunundneunzig vom Hundert der Italiener zu „nationaler Abwehr" bereit finden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Fusion Deutsche Bank und Diskontogesellschaft.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist eine Verschmelzung der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft erfolgt. Die Verschmelzung kommt für die gesamte deutsche Wirtschaft vollkommen überraschend.

über die Fusion der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft wird ein offizielles Communiqué ausgegeben, dem folgendes zu entnehmen ist:

Die Aufsichtsräte der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft haben beschlossen, die Vereinigung beider Banken ihren Generalversammlungen am 29. Oktober vorzuschlagen. Das vereinigte Institut wird die Firma „Deutsche Bank und Diskontogesellschaft" führen und ein Aktienkapital von 285 Millionen Reichsmark mit etwa 160 Millionen Reichsmark Reserven erhalten. Von dem Aktienkapital fallen 135 Millionen Reichsmark den Anteilseignern der Diskontogesellschaft im Verhältnis von 1 : 1 zu.

Der Aufsichtsrat soll aus den sämtlichen Mitgliedern der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft gebildet werden. Außerdem sollen die bisherigen drei ältesten Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, die Herren Dr. Arthur Salomonsohn, Dr. E. Enno Russell und Franz Urbig ihrem Wunsche gemäß in den Aufsichtsrat eintreten, um in diesem Gremium ihre Kenntnisse und Erfahrungen dem vereinigten Institut nutzbar zu machen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Diskontogesellschaft, Herr von Schinckel, soll zum Ehrenpräsidenten des Aussichtsrats in Vorschlag gebracht werden. Der Vorsitz im Aufsichtsrat wird zwei gleichberechtigten, in der Amtsführung jährlich wechselnden Vorsitzenden übertragen werden, neben denen in entsprechender Weise zwei stellvertretende Vorsitzende stehen. Als Vorsitzende sind die Herren Geheimrat Steinthal und Dr. Salomonsohn, als stellvertretende Vorsitzende die Herren von Gwinner und Dr. Russell in Aussicht genommen.

Die Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, Dr. Georg Solmssen, Dr. Eduard Mosler, Gustaf Schlieper, Dr. Theodor Frank und Dr. Franz A. Boner treten in den Vorstand der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft ein. Eine Anzahl von Direktoren der Diskontogesellschaft werden stellvertretende Vorstandsmitglieder.

Die Lage der polnischen Eisenhütten

hat sich nach den soeben von der Syndikatsleitung herausgegebenen Daten im August wieder merklich verschlechtert, und zwar ziemlich überraschenderweise, da der Beginn des zweiten Halbjahres eine erhebliche Belebung gebracht hatte. Diese Entwicklung ist in der Hauptsache der rückläufigen Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes zuzuschreiben, doch ergaben sich auch Schwierigkeiten beim Auslandsabsatz, der nur in so geringem Maße gesteigert werden konnte, daß die Minderbestellungen für den heimischen Markt dadurch keinen Ausgleich fanden. So ist auch die Produktion mit Ausnahme von Röhren gesunken.

Gegenüber August des Vorjahres zeigt die Hochofenproduktion eine Zunahme von 14,81 Prozent, und die der Röhrenwerke von 33,98 Prozent, während die Produktion der Stahlwerke sich im gleichen Zeitverhältnis um 13,23 Prozent, und die der Walzwerke um 12,13 Prozent verringerte. Gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1913 betrug die Roheisengewinnung 24,21 Prozent, die Stahlerzeugung 19,44 Prozent, und die Produktion der Walzwerke 19,71 Prozent weniger, wogegen die Röhrenwerke 41,63 Prozent mehr produzierten. Für die ganzen ersten 8 Monate dieses Jahres hat die Hochofenproduktion gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um 8,05 Prozent, die Produktion der Stahlwerke um 6,88 Prozent und die der Röhrenwerke um 27,27 Prozent zugenommen. Die Walzwerksproduktion aber zeigte einen Rückgang um 1,15 Prozent.

Der Eingang von Bestellungen auf Syndikatsprodukte war im August um 22,81 Prozent kleiner als im Vormonat, obwohl die Aufträge des Warschauer Verkehrsministeriums sich um 28,1 Prozent auf 13 381 To. erhöhten. Die Privatbestellungen betrugen im ganzen (einschl. des Verbrauchs der Hütten) nur 33 271 To. (gegen 49 996 To. im Vormonat). Am auffallendsten ist der Rückgang der Bestellungen der Verzinkereien (um 94,08 Prozent). Die Aufträge der weiterverarbeitenden Metallindustrie sanken um 35,32 Prozent, die der Bauindustrie um 30,36 Prozent, die des Handels um 17,67 Prozent. Auch der Bedarf der Hütten fiel gewaltig, nämlich um 83,4 Prozent. Nur die Drahtfabriken, die Holzindustrie und die Zuckerfabriken gaben in etwas verstärktem Maße Bestellungen auf. Im Vergleich der ersten 8 Monate des laufenden Jahres und 1928 zeigt sich ein Rückgang der Bestellungen auf Walzerzeugnisse um 91 752 To. oder 19,52 Prozent. Dabei sanken die Regierungsaufträge um 5586 To., die Bestellungen des Eisenhandels um 47 670 To., der Eigenbedarf der Hütten um 10 548 To., die Aufträge der Verzinkereien um 10 012 To., der Metallindustrie um 8372 To., der Drahtfabriken um 4801 To., der Schraubenfabriken um 3121 To. Vergrößert haben sich die Bestellungen des Bergbaus um 1274 To., die der Kommunen um 1259 To., der Bauindustrie um 825 To., der privaten Verkehrsunternehmen um 305 To.

Der Auslandsabsatz von Walzerzeugnissen ist im August (nach den vom Exportverband der Hütten ausgestellten Ausfuhrbescheinigungen) gegenüber dem Vormonat insgesamt um 4,96 Prozent, nämlich von 13 036 auf 13 682 To. gestiegen. Unter den Abnehmern stand an erster Stelle wiederum Rußland mit 9822 To. (71,79 Prozent des Gesamtexports). Dann folgt Deutschland aber diesmal nur mit 777 To. (gegen 951 To. im Vormonat). An dritter Stelle steht Rumänien mit 698 To. (gegen 634 To.), und an vierter Stelle Jugoslawien mit 684 To. (gegen 1197 To.). Im übrigen ist zu vermerken, daß der Export nach Lettland um 203 To., nach Italien um 91 To., nach Bulgarien um 115 To., nach Japan um 108 To., nach Litauen um 104 To. gewachsen ist, während die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei um 570 auf 473 To., nach Dänemark um 49 auf 147 To., nach Österreich um 10 auf 20 To., und nach Norwegen um 5 auf 5 To. sank. Gar nicht exportiert wurde nach Schweden und Australien. Andererseits konnte die Ausfuhr nach Estland (11 To.), den Niederlanden (2 To.) und Südamerika (1 To.) wieder aufgenommen werden. In den ganzen ersten 8 Monaten wurden Exportbescheinigungen für insgesamt 69 232 To. ausgestellt, d. h. 12 394 To. mehr als in der Vergleichszeit 1928. Dabei weist der Export nach Rußland allein eine Steigerung um 27 168 To., der nach Japan um 2164 To., nach Rumänien um 1463 To., nach Italien um 1457 To., nach der Tschechoslowakei um 859 To. auf. Eine unbedeutende Zunahme ist auch bei der Ausfuhr nach Deutschland, Litauen, Norwegen und Brasilien zu verzeichnen. Zurückgegangen ist der Export nach Lettland um 3950 To., nach Jugoslawien sogar um 9476 To., nach Großbritannien um 3048 To., nach Ungarn um 1865 To., nach der Schweiz um 1048 To. Eine geringe Verminderung ist bei der Ausfuhr nach Dänemark, Schweden und Österreich festzustellen. — Außer den in den vorstehenden Daten zusammengefaßten Walzerzeugnissen wurden im August (gegen Ausfuhrbescheinigungen des Exportverbandes) 2949 To. Röhren (792 To. weniger als im Vormonat) im Ausland abgesetzt und in den ganzen ersten 8 Monaten des laufenden Jahres 26 217 To. gezogene Röhren.

Von der Bank Polski. Die Geschäfte der Polnischen Emissionsbank laufen so, daß, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, diesmal eine Dividende von mindestens 18 Prozent, vielleicht sogar 20 Prozent ausgeschüttet werden kann. Im Vorjahr betrug die Dividende für die erste Emission der Bank Polski-Aktien 16 Prozent, für das Jahr 1927 14 Prozent, für 1926 10 Prozent, für 1925 11 Prozent und für 1924 (8 Monate) 8 Prozent. — Bei der letzten polnischen Währungsreform mit Hilfe der großen amerikanischen Anleihe vom Oktober 1927 wurde bekanntlich auch die Bank Polski reformiert und ihr Kapital durch eine zweite Aktien-Emission um 50 Millionen Zloty auf 150 Millionen Zloty erhöht. Diese zweite Emission wurde vom polnischen Staat zum Kurse von 150 je 100-Zloty-Aktie, also für 75 Millionen Zloty, im ganzen übernommen. Nunmehr will der Staat, wie wir schon berichteten, dieses Aktienpaket verkaufen. Bevorrechtigt sind als Käufer die Besitzer von Aktien der ersten Emission, die zum Kurse von 150 so viel neue Aktien kaufen können, als sie schon alte besitzen. Voraussetzung ist aber, daß diese alten Aktien auf den Namen der Besitzer bei der Bank Polski eingetragen sind. Besitzer von Inhaberaktien haben jetzt noch die Möglichkeit, diese durch Antrag auf Eintragung in das Aktionärverzeichnis in Namensaktien umzuwandeln. Am 21. d. M. notierten die Bank Polski-Aktien an der Warschauer Börse 167. Um den kleinen Aktionären den Erwerb der neuen Aktien zu erleichtern, soll die Zahlung innerhalb von zwei Monaten, vom Tag der Anmeldung an, gestattet werden. Der aus dem Verkauf der zweiten Emission erwachsende Gewinn soll dem staatlichen Kreditfonds überwiesen werden. Betragen hat dieser Fonds ursprünglich 135 Millionen Zloty. Ende 1928 betrug er noch 18,9 Millionen und nach der Bilanz vom 31. August d. J. 7,2 Millionen Zloty. Nach dem Stand vom 30. Juni d. J. waren aus diesem Kreditfonds (lt. „Gazeta Handlowa") 155 181 488,87 Zloty Darlehen gewährt worden

Erhöhung des Diskontsatzes in Schweden, Norwegen, Dänemark, Österreich und England. Wie offiziell aus Stockholm gemeldet wird, ist der Zinssatz in der Bank von Schweden von $4^1/_2$ auf $5^1/_2$ Prozent erhöht worden, in der Bank von Norwegen von $5^1/_2$ auf 6 Prozent, in der Bank von Dänemark von 5 auf $5^1/_2$ Prozent, in der Bank von England auf $6^1/_2$ Prozent, in der Bank von Österreich von $7^1/_2$ auf $8^1/_2$ Prozent. Einer Meldung aus London zufolge hat sich die Börse der neuen Situation schnell angepaßt. Das Pfund Sterling hat im Dollarverkehr auf den Börsen in Frankreich und Deutschland eine Erhöhung erfahren.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 27. Septbr. auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zloty am 26. Septbr. Danzig: Ueberweisung 57,74 bis 57,89, bar 57,77–57.92, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,95 bis 47,15. Posen 46,975–47,175. Kattowitz 46,975–47,175, bar gr. 46,90 bis 47,30, Zürich: Ueberweisung 58,15, London: Ueberweisung 43,23, Newyork: Ueberweisung 11.20, Mailand: Ueberweisung 214,25. Wien: Ueberweisung $79,55^1/_2$–$79,83^1/_2$. Budapest: bar 64,05–64,35.

Warschauer Börse vom 26. Septbr. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Helsingfors —, Spanien —, Holland —, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,30, 43,41 – 43,19, Newyork —, Oslo —, Paris —, 35,02 – 34,84, Prag —, $26,47^1/_2$ – 26,35, Riga —, Schweiz —, 172,43 – 171,57, Stockholm —, Wien 125,41, 125,72 – 125,10, Italien —.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 26. Septbr. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London $24,99^3/_4$ Gd., $24,99^3/_4$ Br., Newyork —.— Gd., —,— Br., Berlin 122,646 Gd., 122,954 Br., Warschau 57,70 Gd., 57,84 Br. Noten: London —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Holland —,— Gd., —,— Br., Zürich —.— Gd., —,— Br., Paris —.— Gd., —,— Br., Brüssel —,— Gd., —,— Br., Helsingfors —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen —,— Gd., —,— Br., Stockholm —.— Gd., —,— Br., Oslo — Gd., —,— Br., Warschau 57,70 Gd., 57,84 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 26. Septbr. Geld	Brief	In Reichsmark 25. Septbr. Geld	Brief
—	Buenos-Aires	—.—	—.—	—.—	—.—
—	Kanada	—.—	—.—	4.156	4.164
5.48 %	Japan	—.—	—.—	2.010	2.014
—	Kairo	—.—	—.—	—.—	—.—
—	Konstantinopel	—.—	—.—	—.—	—.—
5.5 %	London	20.344	20.384	20.338	20.378
5 %	Newyork	4.1900	4.1980	4.1935	4.2015
—	Rio de Janairo	—.—	—.—	0.4975	0.4995
—	Uruguay	—.—	—.—	4.096	4.104
5.5 %	Amsterdam	168.20	168.54	—.—	—.—
9 %	Athen	—.—	—.—	—.—	—.—
4 %	Brüssel	58.325	58.445	58.305	58.425
7 %	Danzig	—.—	—.—	—.—	—.—
7 %	Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
7 %	Italien	21.94	21.99	21.95	21.99
7 %	Jugoslawien	—.—	—.—	—.—	—.—
5 %	Kopenhagen	111.77	111.99	—.—	—.—
8 %	Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
5.5 %	Oslo	—.—	—.—	—.—	—.—
3.5 %	Paris	16.42	16.55	16.415	16.485
5 %	Prag	—.—	—.—	—.—	—.—
3.5 %	Schweiz	—.—	—.—	80.85	81.01
10 %	Sofia	—.—	—.—	—.—	—.—
5.5 %	Spanien	—.—	—.—	61.95	62.07
4.5 %	Stockholm	112.33	112.55	112.33	112.55
7.5 %	Wien	—.—	—.—	—.—	—.—
8 %	Budapest	—.—	73.31	—.—	—.—
9 %	Warschau	47.05	—.—	47.00	—.—

Züricher Börse vom 26. Septbr. (Amtlich.) Warschau 58,15, Newyork 5,1845, London $25,16^1/_4$, Paris $20,31^1/_4$, Wien 72,95, Prag 15,37, Italien $27,14^3/_4$, Belgien 72,12, Budapest 90,50, Helsingfors 13,05, Sofia $3,75^1/_2$, Holland 208,05, Oslo 138,15, Kopenhagen 138,15, Stockholm 138,95, Spanien 72,70, Buenos Aires $2,17^5/_8$, Tokio 2,49, Bukarest $3,07^3/_4$, Athen 6,72, Berlin 123,57, Belgrad $9,12^3/_4$, Konstantinopel 2,50. Privatdiskont — pCt. Tägl. Geld — pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. kl. Scheine 8,84 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,13 Zl., 100 Schweizer Franken 171,31 Zl., 100 franz. Franken 34,79 Zl., 100 deutsche Mark 211,71 Zl., 100 Danziger Gulden 172,26 Zl., tschech. Krone 26,31 Zl., österr. Schilling 124,91 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 26. September. Fest verzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 49,00 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 93,50 +. Notierungen je Stück: 6proz. Roggen-Br. der Posener Landschaft (1 D.-Zentner) 24,90 B. 4proz. Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-Zloty) 118,00 B. Tendenz ruhig. — Industrieaktien: Goplana 10.00 B. Dr. Roman May 96,50 +. Tendenz ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 26. September. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen 37,00–38,00 Zl., Roggen 23,00–23,50 Zl., Mahlgerste 25,00 Zl., Braugerste 28,50–30,00 Zl., poln. Erbsen 37–40 Zl., Viktoriaerbsen 52,00–60,00 Zl., Hafer 21,50–22,50 Zl., Fabrikkartoffeln —,— Zl., Speisekartoffeln —.— Zl., Kartoffelflocken — Zl., Weizenmehl 70 % — Zl., do. 65 % — Zl., Roggenmehl 70 % — Zl., Weizenkleie 20,50 Zl., Roggenkleie 18,00 Zl. — Engrospreise franko Waggon der Aufgabestation. Tendenz: ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 26. Septbr. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark: Weizen 223–225. Roggen märk. 179,00–181,50. Gerste: Futter- u. Industriegerste 170–186. Braugerste 200–220. Hafer märk. 165–175. Mais loko Berlin 207–208.

Weizenmehl 28,00–33,50. Roggenmehl 24,25–27,25. Weizenkleie 11,60–18,25. Roggenkleie 10,80–11,25. Viktoriaerbsen 36–45. Kl. Speiseerbsen 28–33. Futtererbsen 21–23. Peluschken — bis —. Ackerbohnen —,—. Wicken —.—. Lupinen, blaue — bis —. Lupinen, gelbe — bis —. Serradella, alte —. Serradella, neue — bis —. Rapskuchen, Basis 38 pCt., 18.50–19.00. Raps —. Leinkuchen, 38 pCt., 24.30–24.60. Trockenschnitzel 12,30–12,60. Soyaextraktionsschrot, Basis 45 pCt., 20,00–20,60. Kartoffelflocken 17,30 bis 17,60.

Speisekartoffeln, weiße und blaue Odenwälder 1,90–2,20, rote 2,20–2,60, gelbfleischige 2,50–2,70, Fabrikkartoffeln 9–10,00 Pf. pro Stärkeprozent.

Danziger Produktenbericht vom 26. Septbr. Zufuhr: Weizen 4 Waggons (55 To.), Roggen 18 Waggons (195 To.), Gerste 46 Waggons (680 To.). Hafer 5 Waggons (78 To.), Hülsenfrüchte 7 Waggons (89 To.), Saaten 7 Waggons (105 To.).

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 26. Septbr. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 170,75, Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99 %), in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99 %) 194, Reinnickel (98–99 %) 350. Antimon-Regulus 66–70, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 70,25–72,00, Gold im Freiverkehr —.—, Platin —.—.

Die europäische Münze — die europäische Briefmarke

Marschiert die europäische Münze? Marschiert die europäische Briefmarke? Seit Dr. Stresemann in Genf diese beiden Forderungen aufstellte, hört die Diskussion über diese recht interessanten Aussichten nicht auf. Es liegt etwas Faszinierendes in dem Gedanken an eine allgemein-europäische Währung, also an einen Zustand, der eine weitgehende wirtschaftliche Verständigung aller europäischen Staaten zur Voraussetzung hat und von sich aus zu einem recht engen politischen Zusammenschluß dieser Länder führen müßte.

Wie ist die Schaffung einer europäischen Münze praktisch denkbar? Selbstverständlich würden die nationalen Währungsbanken ihre Tätigkeit nicht einstellen, ebensowenig wie einzelne Länder mit der eigenen Münzprägung aufhören würden. Auch ist es für absehbare Zeit kaum denkbar, daß die „Bank der Banken", die Reparationsbank, deren Schaffung der Young-Plan vorsieht, die Funktion einer allgemein-europäischen Währungsbank übernehmen könnte. Dies wäre nicht weniger phantastisch, als etwa die Idee eines allgemein-europäischen Budgets . . .

Die Schaffung einer europäischen Münze wäre auf dem Wege über einen Münzvertrag denkbar. Die Geschichte der letzten Jahrhunderte hat viele Beispiele solcher Münz-Verträge gegeben. Sie wurden bereits im Mittelalter abgeschlossen, um die damalige Münzverwirrung zu beseitigen. Auch aus den zahlreichen Münzfehden, die seinerzeit auf deutschem Boden hier und da emporloderten, sind Verträge dieser Art entstanden.

Als erster großer Münzvertrag in der neueren Zeit gilt die Münzkonvention vom 20. September 1753, die zwischen Bayern und Österreich abgeschlossen wurde. Auf Grund dieser Münzkonvention schloß sich Bayern dem österreichischen 20-Guldenfuß an. Am 25. August 1837 wurde ein Münzvertrag zwischen den süddeutschen Zollvereinstaaten perfekt; diesem Vertrage lag der 24½-Guldenfuß zugrunde. Es folgte die Doppelkonvention zwischen den norddeutschen Staaten vom 30. Juli 1838 zu Dresden. Weitere Annäherung an volle Münzeinheit wurde durch den Wiener Vertrag vom 24. Januar 1857 erzielt. Laut diesem Vertrag prägten alle norddeutschen Staaten künftighin nach dem 30-Talerfuß, die süddeutschen Staaten nach dem 52½-Guldenfuß und Österreich nach dem 45-Guldenfuß. Der Wiener Vertrag wurde mit Einführung der deutschen Reichswährung hinfällig.

Als der wichtigste Münzvertrag, der je abgeschlossen wurde, muß der sogenannte Lateinische Vertrag gelten, der am 23. September 1865 zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz geschlossen wurde und der zu der Schaffung der einheitlichen Franken-Münze führte. Diesem Vertrag trat recht bald noch Griechenland bei. Es folgten dann zahlreiche Ergänzungen und Berichrigungen zu dem lateinischen Münzvertrag, an dem späterhin noch Monaco und zum Teil Österreich sich beteiligten. Am 15. November 1893 schied Italien zum Teil aus dem Vertrag aus. Viele Grundlagen des Lateinischen Münzvertrages wurden von Spanien, Bulgarien, Rumänien, Serbien und den meisten südamerikanischen Staaten, teilweise auch von Finnland und Rußland angenommen.

Bis zum Beginn des Weltkrieges hatten der französische, belgische und schweizerische Frank freien Umlauf in den betreffenden Ländern. Nur die Währungsverwirrung der Nachkriegszeit hat eine Verschiebung zur Folge gehabt. Da heutzutage sämtliche europäischen Staaten zu einer Goldwährung übergegangen sind, würde die Schließung eines neuen allgemeinen Schiedsvertrages und die Einrichtung eines einheitlichen Münzsystems im Bereich der Möglichkeit liegen, falls . . . falls die europäischen Staaten zu weitgreifenden wirtschafts- und finanzpolitischen Abmachungen allgemeiner Art gelangen sollten, wovon wir bekanntlich ja heute noch weit genug entfernt sind.

Die Vereinheitlichung der Briefmarke hängt selbstverständlich von der Vereinheitlichung des Münzsystems ab. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß schon heute die Briefmarke oder Banknote eine viel größere allgemeine Geltung besitzt, als die Briefmarke irgendeines Landes. Man ist weit von jenen Zeiten entfernt, wo eine Briefmarke nur innerhalb einer einzigen Stadt ihre Gültigkeit hatte, wie dies in Frankreich unter Ludwig XIV. der Fall war. Heute ist es nicht nur möglich, überallhin Auslandssendungen zu schicken, sondern es ist selbst möglich — mit Hilfe einer speziell dazu geschaffenen Briefmarkenart — das Briefporto von dem Ausland aus zu bezahlen.

Die Existenz des Weltpostvereins allein hat schon eine weitgehende Vereinheitlichung des Briefmarkensystems zur Folge gehabt. Was z. B. die äußere Form der Briefmarke betrifft, so ist man in Bezug auf Format und Farbe, wenigstens zum Teil, übereingekommen. So hat man sich schon lange vor dem Kriege darüber geeinigt, daß die Marke zu 25 Centimes (20 Pfennig) blau, die zu 10 Centimes (10 Pfennig) rot und die zu 5 Centimes (5 Pfennig) grün sein soll.

Die Einführung einer europäischen Einheitsbriefmarke könnte zu einer „Brücke zwischen den Völkern" führen, besonders wenn das teure Auslandsporto verschwinden sollte. Es würde allerdings auch an Protesten nicht fehlen. Die ersten, die sich durch die Einführung der europäischen Briefmarken unglücklich fühlen würden, würden die Briefmarkensammler sein. Aber auch viele kleinere Länder würden durch den Verzicht auf eine Briefmarkenart um oft erhebliche Vorteile kommen. Man denke nur an die schönen Geschäfte, die besonders in den ersten Nachkriegsjahren mit Jubiläumsmarken aller Art gemacht wurden.

Vielleicht würde sich jedoch ein Weg zur Behebung dieser Nachteile finden. An diesen und ähnlichen Schwierigkeiten würde jedenfalls die Schaffung der europäischen Briefmarke, wie übrigens die Einrichtung der europäischen Münze nicht scheitern. Dazu gibt es andere größere und wichtigere Schwierigkeiten genug.

Am 26. September 1929 wurde uns ein gesunder Junge
Hanns Jürgen
geboren. 5412
Gustav Brauer
und Frau Paula geb. Krosta.
Bydgoszcz, den 27. September 1929.

Meldeplan der Militärpflichtigen des Jahrgangs 1909.

Vom	1.— 3. Oktober	d. Js. männliche Personen, deren Namen mit den Buchstaben	A—B	beginnen
„	4.— 7. „	„	C—D	„
„	8.—10. „	„	E—F—G	„
„	11.—14. „	„	H—I—J	„
„	15.—17. „	„	K	„
„	18.—21. „	„	L—Ł	„
„	22.—24. „	„	M	„
„	25.—28. „	„	N—O	„
„	29.—31. „	„	P—Q—R	„
„	2.— 5. Novemb.	„	S	„
„	6.— 8. „	„	T—U—V	„
„	9.—12. „	„	W	„
„	13.—15. „	„	X—Y—Z	„

Wer aus irgend einem Grunde in dem obengenannten Termin zur Anmeldung nicht erscheinen kann, muß dies unbedingt bis zum 30. November d. Js. einschließlich vollzogen haben. Kranke, die zur Evidenz sich nicht stellen können, müssen sich schriftlich melden.

Bydgoszcz, den 19. September 1929. 12253

Stadtpräsident.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlichster Anteilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sprechen wir unseren

herzlichsten Dank

aus. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Sichtermann für seine lieben Worte. 5408

Familie Klemm.

Schleusenau, 27. September 1929.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und überaus reichen Kranzspend. beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen spreche ich, auch im Namen meiner Kinder allen Verwandten und Bekannten insbesondere dem Spar- u. Darlehnskassenverein. dem Ruderverein und Herrn Pfarrer Duschek für die trostreichen Worte unseren 12255

herzlichsten Dank aus.

Barcin, den 27. September 1929.
Ottilie Klettke.

Wegen einer
Familienfeierlichkeit
bleibt mein Atelier am **Sonnabend, dem 28. 9. geschlossen.**
Photogr. Atelier F. Basche Okole. 12267

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.
Sonntag, den 29. Sept. 29. (18. n. Trinitatis).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann. — 11½ Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jungmädchen-Vereins i. Gemeindehaus. Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehause, Pfarrer Wurmbach.
Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Hesekiel*. ½12 Uhr Kdr.-Gottesdienst. Dienstag, abds. 8 Uhr Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.
Christuskirche. Vrm. 10 Uhr Pfr. Wurmbach. Fr.-T. 11¼ Uhr Kinder-Gottesdienst. Dienstag, nachm. ½5 Uhr Frauenhilfe im Gemeindehause.— Mittwoch, abds. 8 Uhr: Vereinsstde. des Jungmänner-Vereins.
Luther-Kirche. Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, Pfr. Lassahn. 11½ Uhr Kdr.-Gottesdienst. Nachm. ¼4 Uhr Jugendbund. Nachm. 5 Uhr Erbauungsstunde u. Blaukreuz-Versammlung.
Ev.-luth. Kirche, Posenerstr. 13. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst,
Ev. Gemeinsch., (früh. Libelta 8) Marcinkowskiego (Fischerstr.) 8b. Abds. 8 Uhr Gottesdst, Dienstag, abds. 8 Uhr Gesangstunde.
Schleusenau. Vorm. 10 Uhr Hauptgottesdienst danach Kindergottesdienst.— Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde in Blummes Kinderheim.
Osielsk. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.
Weichselhorst. Vorm. 10 Uhr Kindergottesdst. Nachm. 3 Uhr Gottesdst.
Wtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.
Schubin. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, anschließend Kindergottesdienst. Nchm. ½3 u. 5 Uhr Jugendvereine
Znin. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.
Otterau-Langenau. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst. — Nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe.

2 Wechsel
über je zł 780,— per 28. 2. 1930, Aussteller **Landw. Ein- u. Verkaufs-Verein,** Sp. z. z o. o., Bydgoszcz, Akzeptant **Max Scheewe,** Kruszyn-Krainski, u. **Max Brunk,** Kruszyn-Krainski,
abhand. gekommen.
Vor Ankauf wird gewarnt. 12279
Landw. Ein- u. Verkaufs-Verein, Sp. z. z o. o., **Bydgoszcz.**

Deutsche Wählerversammlungen

am Montag, d. 30. September, abds. 7½ Uhr
bei **Asbar — Brahemünde**
am Dienstag, d. 1. Oktober, abends 7½ Uhr
im **Volksgarten — Thornerstr.** 157 (Toruńska)
am Mittwoch, d. 2. Oktober, abends 7½ Uhr
bei **Kleinert — Schleusenau, Schickstr.** 5 (Wrocławska)
am Freitag, d. 4. Oktober, abends 7½ Uhr
bei **Trzebiatowski — Jagdschütz, Brombergerstr.** 21 (Saperów)

Vortragende: Kandidaten der „Vereinigten Deutschen Liste 6" **Jendrike, Pankratz, Hepke** und andere. 12277

Der Deutsche Wahlausschuß.

Rundschau des Staatsbürgers

Eine weitere Mietssteigerung der Einzimmerwohnungen von 73 auf 79 Prozent tritt vom 1. Oktober ab für das 4. Vierteljahr 1929 ein. Damit hört, aber erst vom 1. November ab, weil das Wassergeld postnumerando bezahlt wird, auch die Zahlung des Wassergeldes auf.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 27. September.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Die Verhandlung gegen den Staatsanwalt Dembecki.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung gegen den Staatsanwalt Dembecki vor der Strafkammer in Posen, über deren Beginn wir gestern berichteten, bekundete nach dem „Kurj. Pozn." der als Zeuge vernommene Erste Staatsanwalt Krynicki, er habe Dembecki, als dieser nach Bentschen reiste, ermächtigt, Geld in Empfang zu nehmen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob in der Prokuratur Akten und hinterlegte Sachen verschwunden seien, erklärte der Zeuge, soweit er sich erinnere, sei es vorgekommen, daß Akten verschwunden seien, aber ob auch Hinterlegungen, wisse er nicht. In einigen Fällen habe er Schriftstücke, die ihm zur Unterschrift vorgelegt wurden, nur flüchtig gelesen, Verfügungen habe er aber sorgfältig durchgelesen, bevor er sie bestätigte. Der Zeuge stellt im weiteren Verlaufe seiner Zeugenaussage dem Angeklagten Dembecki ein gutes Zeugnis aus; er hätte in der Staatsanwaltschaft einen guten Ruf gehabt, und man vertraute ihm.

Der weitere Zeuge, Gerichtsbote Ceglewski, bekundete, er sei im Auftrage der einzelnen Abteilungen wiederholt nach dem Kreisgericht nach Geld gegangen. Ob ihn auch der Angeklagte Dembecki zu diesem Zwecke hingeschickt habe, weiß er sich nicht mehr zu erinnern. Gefragt, ob er die Briefumschläge für Geldbriefe gesiegelt habe, sagte er, daß dies der Fall gewesen sei, aber die für die Zivilkanzlei des Staatspräsidenten bestimmten Briefe habe er nicht gesiegelt, auch seien holländische Gulden nicht durch seine Hände gegangen. Auf die Frage eines Verteidigers, ob der Zeuge die Briefe geschlossen erhielt, oder ob er sie selbst schloß, antwortete der Zeuge, daß er manchmal geschlossene, manchmal aber auch offene Briefe erhalten hätte, Wertbriefe waren indessen versiegelt. Auf die weitere Frage des Rechtsanwalts, ob der Zeuge etwas davon wisse, daß ein eingeschriebener Wertbrief aus nicht festgestellten Gründen auf der Post nicht angenommen und darauf als gewöhnlicher Brief befördert worden sei, bekundet der Zeuge, davon habe ihm einmal Tulliszka etwas gesagt, aber ob dieser Wertbrief später als gewöhnlicher Brief befördert worden sei, wisse er nicht.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird ein Herr Jędrzejczak, Angestellter beim Untersuchungsamt in Bentschen, als Zeuge vernommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er nach Neutomischel wegen einer dort befindlichen Hinterlegung gefahren wäre, antwortete er bejahend und fügte hinzu, daß ihn der Zollbeamte Paluszak dorthin begleitet hätte. Sie fuhren per Rad, um das dort hinterlegte Päckchen, das 4000 Gulden enthielt, möglichst rasch zu erhalten. Den Auftrag dazu hatten sie von ihrem Vorgesetzten Herrn Mądry. Der Zeuge Paluszak bekundet, Herr Mądry hätte ihm gesagt, daß aus Posen der Staatsanwalt Dembecki gekommen wäre, der auf das hinterlegte Päckchen warte, da er es mitnehmen und schon nachmittags nach Posen zurückkehren wolle. Es sei dies ein kleines Päckchen gewesen, sorgfältig geschlossen und verklebt mit der Aufschrift, die den Inhalt angab, nämlich 4000 Gulden und einen bestimmten Betrag in polnischer Valuta. Dieses Päckchen habe der Zeuge Herrn Mądry ausgehändigt; was weiter damit geschehen sei, wisse er nicht.

Der nächste Zeuge, Rechtsanwalt Przestaszewski, bekundete als erster am zweiten Verhandlungstage, er habe im Bedarfsfalle den Ersten Staatsanwalt Krynicki vertreten. Er wisse sich genau zu erinnern, daß eines Morgens der Gerichtsbote ihm einen geschlossenen Brief gebracht habe. Nach Öffnung des Umschlags sah er, daß es ein Brief aus der Zivilkanzlei des Staatspräsidenten war, worin die Zusendung der Akten und des hinterlegten Päckchens im Fall Gloß verlangt wurde, da Gloß einen Antrag auf Amnestie eingereicht hätte. Daraufhin beauftragte der Zeuge Herrn Dembecki, eine Antwort auf das Schreiben vorzubereiten. Als die Reinschrift dafür fertig war, wollte der Zeuge den Sekretär rufen, der die Absendung der Akten und des Päckchens besorgen sollte. Da nahm aber Herr Dembicki das Schreiben aus der Zivilkanzlei und die Antwort und sagte, er würde sich selbst mit dem betreffenden Sekretär in Verbindung setzen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Zeuge Gelder in Empfang zu nehmen pflegte, bekundete dieser, das sei ausgeschlossen, da Gelder in die Prokuratur nicht gehörten. Auf die Frage des Prokurators, ob die Zivilkanzlei ausdrücklich die Rückgabe der Akten und des hinterlegten Päckchens gefordert hatte, antwortete der Zeuge, daß dies ausdrücklich geschehen sei.

Auf die Frage eines Verteidigers, ob in der Prokuratur sich Personen befanden, denen man Unordnung vorwarf, erklärte der Zeuge, daß in der Tat im Bureau solche Personen gewesen waren, so daß Akten, Briefe usw. verschwanden. In einem Falle, als irgendwo Akten verschwunden waren, drohte ich mit einer Disziplinaruntersuchung, und darauf fanden sie sich wieder. Aber es sei ganz natürlich, daß Akten verschwinden konnten, denn die Einrichtungen in der Prokuratur waren unter aller Kritik, so daß selbst Dienstboten überall Zutritt hatten. Es ist vorgekommen, daß selbst die Schärpen der Staatsanwälte und auch andere Gegenstände aus dem Bureau verschwanden. Der Zeuge stellt weiter fest, daß die Schuld an dieser Unordnung auch das Bureaupersonal treffe, da es ungeeignet und wenig geschult war. Darauf wurde nochmals der Erste Staatsanwalt Krynicki vernommen.

Die Verhandlung geht weiter.

§ **Die Ortsgruppe Bromberg des Verbandes deutscher Katholiken in Polen** hatte am Mittwoch, 25. d. M., abends 8 Uhr, ins Deutsche Haus ihre Mitglieder zu einem Vortragsabend eingeladen. Der zweite Vorsitzende Sanitätsrat Dr. Hecht eröffnete mit einer Begrüßungsansprache die Versammlung. Hierauf hielt Chefredakteur Steffen-Danzig einen anderthalbstündigen Vortrag über die „Die katholische Aktion". Er führte etwa folgendes aus: Die letzten Päpste und besonders Papst Pius XI. waren bestrebt, die Erneuerung der Menschheit im wahren Christentum durchzuführen. Pius XI. wandte sich hierbei nicht nur an die Geistlichkeit, sondern auch im besonderen Maße an die Laien. Er stellte das Laienapostolat auf. Die Laien sollen sich betätigen in der katholischen Aktion. Sie sollen den Geist Christi in die katholische Welt hinaustragen. Es ist dies eine soziale Sendung, zu der die Katholiken durch das Sakrament der Firmung (Streiter Christi) verpflichtet sind. Unser Christentum ist mehr oder weniger entgöttert. Die Kirchenaustritte nehmen in erschreckender Weise zu. Die Menschheit wendet sich okkulten Dingen, dem Aberglauben, der Wahrsagerei usw. zu. Da bietet sich ein reiches Arbeitsfeld nicht nur für den katholischen Laien, sondern auch für die Vereine und Körperschaften. Besonders letztere sollten sich mehr auf charitativem Wege betätigen. Die Sittenlosigkeit würde abnehmen, wenn man sich mehr als sonst mit dem Problem der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit usw. beschäftigen würde. Wenn so im Sinne der katholischen Aktion gearbeitet würde, dann braucht um die Zukunft nicht gesorgt zu werden. — Mit großem Beifall wurde dieser Vortrag aufgenommen. Präbendar Kaluschke ergriff hierauf das Wort und forderte die Mitglieder in warmen Worten auf, auch hier die katholische Aktion in die Tat umzusetzen. Nachdem Bezirkssekretär Kiender noch das Programm der kommenden Veranstaltung bekanntgegeben hatte, schloß um 10 Uhr der zweite Vorsitzende mit Dankesworten an den Vortragenden die erhebende Versammlung.

§ **Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt** wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft der Knecht Edward Rybczynski, der seinerzeit in Wiensowno hiesigen Kreises die Magd Marianne Chryczek ermordet hatte. Wie unseren Lesern erinnerlich sein dürfte, wurde er von der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zum Tode verurteilt. Gegen dieses Urteil beantragte der Verteidiger des Angeklagten Revision, die aber vom Obersten Gericht abgelehnt wurde. Darauf begnadigte der Staatspräsident Rybczynski zu lebenslänglichem Zuchthaus.

§ **Gasvergiftung.** Mittwoch, gegen 12 Uhr mittags, wurde die Rettungswache nach dem Hause Thornerstraße (Toruńska) 1 alarmiert, wo eine 40jährige Mieterin bei der Zubereitung eines Bades sich eine Gasvergiftung zugezogen hatte. Der Arzt der Rettungswache brachte sofort die entsprechenden Mittel zur Anwendung, die jedoch keinen Erfolg mehr zeitigen konnten. Der Tod war bereits eingetreten.

§ **Zu einer blutigen Schlägerei** kam es in einer der letzten Nächte in der Bahnhofstraße (Dworcowa) infolge überreichlichen Alkoholgenusses etlicher Männer. Einer der Teilnehmer an dem Trinkgelage, Jan Waś aus Kutno, trug dabei solche Verletzungen davon, daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte.

§ **Vereitelter Diebstahl.** In der Nacht zum Donnerstag zerstörten unerkannt entkommene Täter zwei Schaufensterscheiben im Geschäft der Firma Stobiecki am Friedrichsplatz (St. Rynek). Die Personen, die es wahrscheinlich auf einen Diebstahl abgesehen hatten, müssen gestört worden sein, denn sie haben aus den Fenstern nichts gestohlen.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Deutsche Bühne Bydgoszcz T. z. Unsere verehrlichten Platzkartenabonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß die Einlösung der Platzkarten nur noch bis Sonnabend, 28. September d. J., erfolgen kann. (Siehe Inserat.) (12227

* * *

g **Crone** (Koronowo), 26. September. Einbrecherjagd. In der Nacht zum Mittwoch wurde bei dem Kaufmann Libera eingebrochen und die besten Seidenwaren, 8 Wechsel und 500 Złoty Bargeld im Gesamtwerte von 10 000 Złoty gestohlen. Die Diebe haben sich wahrscheinlich abends eingeschlichen und drangen vom Hofe aus ein. — In der gleichen Nacht drangen sie bei dem Fleischermeister Paul Prkora ein und entwendeten 60 Złoty und Fleischwaren. Dann unternahmen die Diebe einen Einbruchsversuch bei dem Kaufmann Jortzik, indem sie eine Scheibe zerbrachen. Als sie im Begriff waren, in den Laden einzudringen, wurden sie aber verscheucht. Am Mittwoch gelang es der Gendarmerie, die beiden Diebe bei der Papierfabrik zu stellen. Sie wurden aufgefordert, stehen zu bleiben, worauf die Flüchtlinge aber nicht reagierten. Die Beamten machten von der Schußwaffe Gebrauch und verletzten einen der Diebe. Dieser sprang in die Brahe und versuchte das andere Ufer zu erreichen, ertrank aber dabei. Er wurde als ein kürzlich entlassener Zuchthäusler erkannt. Der zweite Dieb konnte entkommen.

* **Gnesen** (Gniezno), 26. September. Die Leichenhalle als Wohnung. Der Totengräber des katholischen Friedhofes hatte vor einiger Zeit gegen den Kirchenrat wegen Bezahlung für die auf dem Friedhof verrichtete Arbeit eine Klage angestrengt. Das Urteil fiel aber zuungunsten des Totengräbers aus, und so wurde er aus seiner Wohnung exmittiert. Da er jedoch in den Baracken für Obdachlose nicht wohnen wollte, so brachte er einen Teil seiner Möbel in der Leichenhalle unter und baute mit Hilfe einiger Freunde am Eingang des Friedhofes einen Schuppen. Der Totengräber soll auch aus der Leichenhalle und aus dem Schuppen ausgesiedelt werden.

* **Murzynko** (Kreis Inowrazlaw), 26. September. Racheakt. Am Montag, dem 23. d. M., in den Abendstunden drangen hier zwei Personen in die Wohnung des Besitzers Martin Kaszubski, wo sie unter Schimpfworten und Drohungen mehrere Schüsse auf Kaszubski und dessen Sohn abfeuerten. Zum Glück wurde niemand verwundet. Die beiden Eindringlinge konnten schließlich festgenommen werden, worauf sie im Arrestlokal in Argenau eingeliefert wurden. Es sind dies die Einwohner von Murzynko, Waclaw Lisiecki und Josef Miszak. Wie die Untersuchung ergab, handelt es sich hier um einen Mordversuch aus Rache.

* **Tremessen** (Trzemeszno), 26. September. Großfeuer brach im benachbarten Dorfe Milawa auf dem Anwesen des Besitzers Drzewiecki aus, wobei die Flammen, angefacht durch den heftigen Sturm, auch auf das Anwesen des Schulzen Stefan Meller übergriffen. Es verbrannten die mit der diesjährigen Ernte angefüllten Scheunen, sowie die Ställe der beiden Besitzer, während das lebende Inventar gerettet werden konnte. Der Schaden, der sich auf ca. 70 000 Złoty beläuft, ist teilweise durch Versicherung gedeckt.

* **Strelno** (Strzelno), 26. September. Ein bedauerlicher Autounfall ereignete sich am letzten Montag, und zwar wurde die achtjährige Barbara Kowalska von einem Auto angefahren, wobei das Mädchen ziemlich schwere Verletzungen am Körper, sowie einen Bruch des rechten Armes davontrug.

n. **Ostrowo**, 26. September. Auf der Nordseite des hiesigen Bahnhofs entgleisten Sonntag nacht gegen ½12 Uhr eine Lokomotive und mehrere Waggons. Verschiedene Stunden mußte der Verkehr der Strecke nach Posen eingleisig betrieben werden. — In Drossenau brannten am Donnerstag vormittag die beiden Scheunen der Landwirte Stanisław Nowacki und Franz Kliber mit der Ernte vollständig nieder. Die in den Scheunen befindlichen landwirtschaftlichen Geräte wurden vernichtet. Ein Teil des Schadens ist durch Versicherung gedeckt.

* **Schmiegel** (Smigiel), 26. September. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der vergangenen Woche im Garten des Landrats a. D. Kopczynski. Sein Wagenführer war dort mit dem Pflücken von Obst beschäftigt und stürzte so unglücklich von der Leiter, daß er schwere innere Verletzungen davontrug und nach kurzer Zeit verstarb. — Am Sonntag nachmittag brach in dem Dorfe Solec Feuer aus, welches durch starken Wind weitergetragen wurde und insgesamt 7 Wirtschaften vernichtete.

*** Robaczyn (Kreis Schmiegel), 26. September. Deutscher Sieg bei den Gemeindewahlen. Zu den Gemeindevertreterwahlen wurden drei Listen aufgestellt, davon eine deutsche und zwei polnische. Die Wahlen ergaben für jede Liste je zwei Kandidaten. Wie wichtig es ist, daß jeder Deutsche seine Stimme zu den Wahlen abgibt, beweist die Tatsache, daß die deutsche Liste einen dritten Kandidaten durchgebracht hätte, wenn sich nicht eine deutsche Familie der Wahl entzogen hätte.**

n **Adelnau** (Adolanów), 26. September. Am Sonnabend nachmittag ¼4 Uhr wurde im Rathaussaal durch die Stadtvertretung als Bürgermeister Władysław Stasierski in sein Amt eingeführt. Der jetzige Bürgermeister bekleidete vorher das Amt eines Assessors im Kreisausschuß in Schildberg.

n **Adelnau** (Odolanów), 26. September. Zu den am 6. Oktober d. J. stattfindenden Stadtverordnetenwahlen sind neun Kandidatenlisten eingereicht worden. Die Deutschen haben von der Aufstellung einer selbständigen Kandidatenliste Abstand genommen.

* **Posen** (Poznań), 26. September. Brände überall. In Kowalewo, Kreis Kolmar, wurde der Landwirt Stanisław Czapla durch Feuer um über 5000 Złoty geschädigt. — In der Nacht zum 24. d. M. ist der Händler Juda in Kurnik, Kreis Schroda, um 30 000 Złoty durch Feuer geschädigt worden. — In Gozdowo, Kreis Wreschen, schädigte Feuer den Landwirt Kazimierz Królewczyk um 25 000 Złoty. Aus unbekannter Ursache entstand am 24. d. M. beim Landwirt Josef Kaźmierczak in Sławno, Kreis Gnesen, Feuer, das einen Schaden von 45 000 Złoty anrichtete. — Durch kleine Kinder verursacht, entstand Feuer beim Landwirt Stanisław Nowakowski in Droszewo, Kreis Pleschen, ferner bei Franz Klieber und Stanisław Jaśkiewicz. Der Schaden beträgt insgesamt 60 000 Złoty. — In Borówko, Kreis Posen, verbrannte dem Landwirt Otto Hoffmann ein Schober Stroh im Werte von 5000 Złoty. — In Uscikk, Kreis Obornik, wurde der Landwirt Jan Stanikowski durch Feuer um 20 000 Złoty geschädigt. Den Brand verursachte der 10jährige Sohn des Geschädigten.

* **Kosten** (Koscian), 25. September. Eingebrochen wurde am 20. d. M. beim Kaufmann Eduard Bulczewicz. Die Einbrecher sind der 36jährige Wawrzyniec Domczyk und der 30jährige Zygmunt Rumpel.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Plausen** (Ostpr.), 26. September. In der vergangenen Woche brannte ein Wirtschaftsgebäude des Besitzers Hasselberg nieder. Nach Lage des Brandherdes mußte böswillige oder fahrlässige Brandstiftung angenommen werden. Die Ermittelungen der Landjägereibeamten haben nunmehr ergeben, daß ein siebenjähriger Knabe und ein fünfjähriges Mädchen den Brand verursacht haben, indem sie zunächst einen am Gebäude liegenden Strohhaufen in Brand setzten. Die Streichhölzer hatten sie aus dem Rock des Besitzersohnes genommen, den dieser in der Scheune liegen gelassen hatte.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 221